

Von der Wirkung politischer Leitideen, besonders, wenn sie falsch sind und auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

Die Linken und die Mittigen sind die Verursacher des neuen Einflusses der Rechten und sie bilden den gedanklichen Zaun, der den Menschen den Weg in die Freiheit und den Wohlstand ohne Zukunftsangst versperrt.

Die Thesen zum Zustand unserer Demokratie und Ökonomie und ihren Entwicklungs-Chancen

von
Tristan Abromeit
Januar 2019

*10 Seiten Anhang zu den Themen Bodenrecht, Bildungspolitik
und Parteiendemokratie
von Gehardus Lang, Dirk Löhr und TA*

Text 160.0

www.tristan-abromeit.de

Text 160.1

Protokoll der Überlegungen zum Thema
282 Seiten
abgeschlossen Dezember 2018

oo

Text 160.2

**Über ein notwendiges freiwirtschaftliches oder NWO-Manifest
zur Lage und zu den Möglichkeiten Deutschlands und Europas
in heutiger Zeit**

- für die Bürger Deutschlands und Europas als parteiunabhängige
Orientierungshilfe für ihre politische Willensbildung -
von

Tristan Abromeit
28.- 30. 12. 2017
16 Seiten

Inhalt

Seite

<u>Vorbemerkungen</u>	2
<u>These 1: Wir Deutschen haben noch keine Demokratie</u>	14
<u>These 2: Verfassung vom Volk für das Volk</u>	16
<u>These 3: Grundsätze für die Verfassungsarbeit</u>	17
<u>These 4: Was ist weiter bei der Verfassungsarbeit zu bedenken?</u>	18
<u>These 5: Chancengleiche politische Willensbildung und Gewaltenteilung</u>	19
<u>These 6: Bestimmung der Grenzen des Staates und darüber hinaus</u>	21
<u>These 7: Zum schwierigen Feld der Ökonomie – allgemein</u>	22
<u>These 8: Zur Ökonomie der Bildung</u>	26
<u>These 9: Zur Ökonomie des sozialen Sicherungssystems</u>	28
<u>These 10: Zur Arbeitswelt (nur Merkposten)</u>	32
(Thema Streik: Siehe Text 160.1, Seite 209)	

Anhang:

Beitrag zum Bodenrecht per E-Mail von Dr. Gerhardus Lang	1
Beitrag von Dr. Gerhardus Lang zum Thema repräsentative Demokratie	3
Beitrag von Prof. Dr. Dirk Löhr in der taz zur Grundsteuer	5
Thesen zur grünen Bildungspolitik von TA, 1984	7
Nachträgliche Anmerkungen vom August 2009	9

Die Thesen zum Zustand unserer Demokratie und Ökonomie und ihren Entwicklungs-Chancen

Vorbemerkungen

Vor einem Jahr habe ich schon versucht, eine kleine Gruppe von Menschen, von denen ich annehme, dass sie den Überblick nicht ganz verloren haben, zu motivieren, den Menschen, die im Wirrwar der Meldungen zu ertrinken drohen, einen Rettungsring in Form klarer Informationen zuzuwerfen. Nichts ist in Form einer Gruppenbotschaft geschehen, weil die Angesprochenen schon an anderen Plätzen sich als Retter versuchten.

Die Summe der Medien-Meldungen, die ich lesend und hörend seitdem empfangen habe, haben den Eindruck von unserer Verwirrung über das Ziel und den Weg unserer Gesellschaft in die Zukunft nur noch verstärkt. In dieser Situation, wo den politisch denkenden Menschen das Heute und Morgen wie im dichten Nebel erscheint, kann durch eine Besinnung auf das Wesentliche eine Orientierung durchaus entstehen, so, dass sich wieder ein klarer und gangbarer Weg in die Zukunft abzeichnet.

Die Verwirrung kann aber auch dazu verleiten, das Menschen, die von Angst besetzt sind, wieder erneut besinnungslos einem Rattenfänger folgen, der den Menschen verspricht, sie ohne eigenes Nachdenken von ihren Bedrückungen zu befreien. Es ist aber eine Illusion, zu glauben, die neuen Rattenfänger würden sich die alten Uniformen in alten Farben von den Kostümverleihern holen. Da die Rattenfänger erst in der größten Not erfolgreich sind und in Erscheinung treten, können sie vorher auch nicht erkannt und bekämpft werden. Am wenigsten taugen Sprüche von den „braven“ Politikern, die den gesellschaftlichen Notstand mit verursacht haben, zur Abwehr der Gefahr. Ist der Notstand erst einmal da, ist er nicht mit einer Kosmetik, wie einer Rentenerhöhung, der Erhöhung der Hartz IV-Sätzen oder der Wandlung der EU zu einer Sozialunion aufzulösen. Die gesellschaftliche Therapie muss jetzt tiefer ansetzen.

So viel größer die materielle und politisch-geistige Not in einer Gesellschaft (heute muss man sich diese ja in europäischen und weltweiten Dimensionen denken) ist, so viel eher werden sich Menschen finden, die bereit sind, aus ganz unterschiedlichen Mo-

tiven in die Rolle des Verführers zu schlüpfen und ihren Zuhörern versprechen mit eisernen Besen den „Unrat“ aus der Gesellschaft zu kehren. Was dabei herauskommt, gehört bei den älteren Menschen zum Erfahrungsschatz, die jüngeren können es in den Geschichtsbüchern nachlesen.

Nach dem Ende des Nationalsozialismus, war der Vorwurf an jeden Überlebenden, warum habt ihr Hitler und die Herrschaft der Nazis nicht verhindert.¹ Nicht gestellt wurde die Frage an die überlebenden demokratischen Politiker: „Warum habt ihr nicht die Aufklärung über die Gefahrenabwehr in der Weimarer Republik, die die damaligen ökonomischen Zustände, die zur Startbahn für die Nazis wurden hätte verhindern können, nicht unterstützt?“ Da ein böser Wille in so vielen Köpfen von Demokraten der damaligen Zeit ausgeschlossen werden kann, bleibt nur die Erklärung, dass sie trotz unterschiedlicher Zielvorstellungen aufgrund von Festlegungen bestimmter Erklärungsmuster keinen Zugang zu den Ursachen der ökonomischen Fehlentwicklungen hatten. Gerhard Ziemer hat die Wirkungen über die zerstörerische Kraft der Inflation und der Deflation nach der Katastrophe gut beschrieben. Aber die Zusammenhänge waren vorher auch schon bekannt und wurden von den staatstragenden Kräften in der Politik und Wissenschaft als Spinnerei abgeblockt. Gerhard Ziemer zitiert am Ende seines Buches „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“, 1971, Professor Dr. Dr. Dr. h. c. L. Albert Hahn:

»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die tragischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles, was seitdem geschah - Nazirevolution, Krieg, moralische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Statt dessen hat man, die Jüngeren werden sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen können, die Fortsetzung des Deflationsprozesses nicht nur geduldet, sondern (aus falsch verstandenen Gold- und Wechselkursrücksichten) gewünscht und mit einer prozyklischen Fiskalpolitik gefördert. Eine solche Politik mußte ein hoffnungslos gewordenes Volk in die Arme der Extremen treiben, die ihm die rasche Befreiung von der Pest der Arbeitslosigkeit versprochen - und dieses

¹ Und die Kinder, die in die Nazizeit hineingeboren wurden, bezogen den Vorwurf oft auch auf sich.

Versprechen durch Akzeptierung etwas >moderner< Praktiken auch hielten.

Um dies vorwegzunehmen: Keine der damals in Regierung oder Reichsbank verantwortlichen Personen hat das Unheil bewußt herbeigeführt. Auch die unseligen Berater aus >Theorie und Praxis<, die die offizielle Politik stützten, waren gutgläubig, wenn auch manche Industrielle aus Angst vor dem Vorwurf des Inflationismus in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die ihrer mir privat geäußerten Überzeugung widersprachen. ... (229 f.)

Es stimmt zwar, wie aus Aussagen von Ziemer und Hahn abgeleitet werden kann und auch in der Literatur dokumentiert ist, dass man nach dem Krieg dem Geldthema gegenüber aufgeschlossener war. Diese Aufgeschlossenheit hatte aber ihre engen Grenzen und ist heute in einem Wirrwarr von Vorstellungen wieder untergegangen. Es ist nicht als Diffamierung gedacht, wenn gesagt wird: Politiker und Wissenschaftler sind heute wieder bereit, eher die Republik zu opfern, als ihre Annahmen darüber, warum die Ökonomie so mit Problemen belastet ist.

Denkbar ist, dass es Gruppen gibt, die mit Streuung falschen Vorstellungen eine Lösung von ökonomischen Problemen verhindern wollen, um ihre Interessen zu schützen. Hier ein gleichgerichtetes weltweites Handeln zu unterstellen, würde doch nach einer Verschwörungstheorie riechen. Wahrscheinlicher ist, dass das gleichgerichtete Lernen und Denken die Ursache ist.

Das Festsetzen von falschen Lösungsvorstellungen ist für die Aufklärer ein zweifaches Problem: 1. Die Aufklärer rennen bei der Vermittlung ihrer Einsichten gegen eine Mauer der Uneinsichtigen. 2. Die Aufklärer tragen bei ihren Bemühungen das Risiko, dass ihre Aufklärungsversuche selbst den Ursprung in falschen Annahmen haben. Sie können daher von den „Ignoranten“ einer anderen Problemsicht leicht als Besserwisser eingestuft werden. Wenn in einer Gesellschaft von einer Minderheit die Ursachen, Wirkungen und Lösungen von bedeutenden Problemen unterschiedlich gesehen werden, dann müsste doch die Mehrheit einer Gesellschaft oder ihre repräsentative Vertretung in der Lage sein, einen Klärungsprozess einzuleiten. Da das in der Wirklichkeit nicht der Fall ist und Politiker und Wissenschaftler sich lieber dem Verdacht aussetzen, sie seien Meinidige, als den Klärungsprozess rational voranzutreiben, ist wieder die offene Frage nach den Ursachen.

Es geht bei dem Thema aber nicht darum, ob der aufklärende Mensch oder der aufzuklärende Mensch einen besseren Charakter hat oder einfach ein guter oder böser Mensch sei, sondern darum unter welchen Umständen sich Vorstellungen in den Köpfen der Menschen festsetzen und welche festgesetzten Vorstellungen in ihren Trägern durch ihr Handeln welche Wirkungen haben. Kann man in einer solchen Situation den einzelnen Menschen überhaupt verantwortlich machen, was in und mit seiner Gesellschaft geschieht? Das Unangenehme an dem Anspruch, ein freier Mensch zu sein, ist, dass die Frage nicht verneint werden kann.

Für mich drängt sich daher der Gedanke auf, dass ich eben auch alleine versuchen müsste, mich als Aufklärer zu versuchen, auch dann, wenn ich in anderen Bereichen der Unaufgeklärte bleibe. Ein Motto stellte sich auch ein: „Besser Einer als Keiner!“ Dass ich etwas zu sagen habe, daran hatte und habe ich keinen Zweifel, aber kann ich es so sagen, dass die Botschaft auch ankommt, das ist dabei das große Fragezeichen, das mich bei dem ganzen Projekt begleitet. Bin ich etwa zögerlich, weil ich lieber den Bedenkenträger spiele oder Angst vor einer Blamage habe? Die habe ich weniger, schon eher eine Angst vor einem Erfolg, denn der kann Dinge mit sich bringen, die ich nicht mehr verkrafte. Mich treibt kein Ehrgeiz mehr, eher der Ärger darüber, dass die Dummen und Uneinsichtigen das Sagen bei uns haben. Das klingt dann wieder so, als würde ich mich zu den Klugen zählen, das stimmt auch nicht. Ich habe noch nie eine Prüfung glänzend bestanden. Aber ich habe schon die Hoffnung, dass mein Beispiel viele einzelne Nachahmer erzeugt, so dass ihr Ruf am Ende mehr Menschen noch rechtzeitig erreicht und die Massenmedien veranlasst werden, zu prüfen, ob ihre Programmangebote wirklich das vermitteln, was die Bürger in unserer Lage benötigen.

Für die Suche nach dem Weg von der Verwirrung zur Besinnung und von dort zum freiheitlich-demokratischen Handeln wird es in jeder Gesellschaft solche Menschen geben, die nicht generell verwirrt sind und ohne autoritäre Allüren einen Weg ohne Fallgruben und Fallsstricke den Mitbürgern aus der Krise zeigen könnten. Diese sind aber darauf angewiesen, dass ihnen zugehört wird. Und hier mangelt es in der Regel, denn wer selber den Weg nicht mehr kennt oder erkennt, der neigt dazu, alle andere für blind und taub zu halten. Und in dieser Haltung werden die meisten bestätigt, die ausschließlich den Signalen aus der Politik und den Medien lauschen. In dieser Situation wird es erfor-

derlich, Orte der Stille aufzusuchen – wie es die Weisen zu allen Zeiten gemacht haben – oder auch den Sturm, der die tägliche Geräuschkulisse übertönt, um das Ungewohnte wahrzunehmen, das auf Zeichen des Möglichen hinweist, aber noch nicht das Neue zeigen kann, weil es erst geboren werden muss. Nur wer die eigene Angst überwindet und Vertrauen in die eigene Kraft gewinnt, kann die Zukunft positiv gestalten.

Ich füge an dieser Stelle Zitate von *Peter Kafka* aus seinem Buch „**Das Grundgesetz vom Aufstieg** / Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt“, 1989, zur Mahnung und Ermutigung ein:

... Die Entwurzelten trauen sich selbst keine Rettung zu. Sie versinken in immer tieferer rauschhafter Betäubung. Sie setzen alle Hoffnungen auf die Heilsversprechen politischer und wirtschaftlicher Machtcliquen, deren Macht eben dadurch entsteht und unaufhaltsam wächst, daß sich alle von ihnen abhängig machen lassen. Das hierfür notwendige »Opium fürs Volk« ist heute die Wissenschaft. Sie läßt sich benützen, um den Wahn zu erzeugen, die von ihr ausgegangene Zerstörung sei zu heilen, wenn wir nur endlich schneller mit raffinierteren Methoden tiefer an den Wurzeln angriffen. Doch auch die Einsicht in die Prinzipien evolutionärer Prozesse vom Urknall bis zur Wachstumskrise ist ein Ergebnis von Wissenschaft, und zwar ein vergleichsweise so einfaches, daß Hoffnung bleibt, ihre logischen Konsequenzen könnten sich im Bewußtsein vieler Menschen verankern lassen. Dann verschwände der Aberglaube an die größtenwahnsinnigen Weltverbesserer. (S. 20)

... Schuld trifft den, der etwas verstanden hat und sich dennoch nicht mit aller Kraft einsetzt, um Einsicht zu verbreiten. Es gibt keinen Grund zur Resignation. Und niemand sollte auf die Idee verfallen, es gäbe nichts für ihn zu tun.

Stellen Sie sich vor, ein einziger Mensch begreift eine einfache logische Wahrheit wie etwa, daß zwei mal zwei gleich vier ist oder daß wahre Wertschöpfung die Grundvoraussetzungen aller Evolution, also »Vielfalt und Gemächlichkeit«, einhalten muß - und nun stellen Sie sich vor, es gelingt ihm im Laufe eines Jahres durch geduldige Überzeugungsarbeit, die Tatsache und deren Wichtigkeit nur zwei weiteren Menschen so klar zu machen, daß diese beiden nun innerhalb des nächsten Jahres ebenfalls je zwei weitere Menschen davon überzeugen und diese wiederum je zwei und so weiter. Sehen Sie, wie schnell womöglich sogar die Vernunft auf diese Weise Mode werden könnte? Erscheint Ihnen das zu »ungemächlich«? Wenn es so weiterginge, wäre nämlich schon die ganze nächste Generation der Menschheit gewonnen. »Zwei hoch dreiunddreißig« ist fast neun Milliarden! So viele werden dann etwa auf der Erde leben, und sie alle werden wissen, daß zwei mal zwei vier ist. Warum nicht auch, daß die Chancen weiteren evolutionären Aufstiegs nicht im beschleunigten Umsatz von immer mehr Materie und Energie

liegen, sondern in unseren seelischen und geistigen Fähigkeiten? Und daß uns, als den Blüten am Baum des Lebens, Ehrfurcht vor dessen Wurzeln geboten ist? (S. 21)

Sie sehen: Das Wort Verantwortung ist aufgetaucht. Also aufgepaßt! Es will sich ihr jemand entziehen! Doch das wird nicht mehr gelingen. Als der Mensch begann, die Frage nach seiner Freiheit zu stellen, da wuchs sie in ihm. Das brachte ebenso viel Schmerz wie Glück. Noch die griechische Tragödie drückt die Geburtswehen aus: Die Götter lassen ja die Verstrickung des ahnungslosen Helden nicht nur zu, sie fördern sie sogar, geradezu heimtückisch - und dennoch wird Schuld anerkannt und Strafe angenommen.

Das mythische, theologische und philosophische Denken aller Kulturen dreht sich um die Frage der Freiheit. Und, wie Sie gesehen haben: Auch der Wissenschaftler kann sie in seinem »Raum der Möglichkeiten« unterbringen. Fragt immer noch jemand »Wie ist das möglich?«, so kennen Sie meine Antwort: Dumme Frage - angesichts einer offensichtlichen Entdeckung! Freiheit ist der Name für das Erstarren und Auswählen von Möglichkeiten in dem Evolutionsprozeß im menschlichen Gehirn, den wir Denken nennen. Sie wird zum wichtigsten Mittel der Selbstorganisation auf der jüngsten Stufe der Evolution. Daß diese Entdeckung die ganze evolutionäre Schöpfung gefährdet, haben die Mythen sogleich erkannt. Diese sind die Erfahrungsberichte von der Entdeckungsreise. Sie schildern die Gefahr, daß der Mensch »aufgeblasen« wird und anfängt, voreilig alles durcheinanderzuwerfen. So entwickeln sich von Anfang an mit der Freiheit auch kulturelle Schranken, wie das Gewissen und das Gesetz. Sonst hätte sich ja der ganze Versuch schon früher als Irrtum erweisen müssen. (S. 95 f.)

Wenn Zeitgenossen die Sätze von Kafka und auch meine, als überflüssiges Gelaber einstuft, kann ich ihnen das nicht übel nehmen. Aber auch hier heißt es: „Wer nicht hören will, muss fühlen!“ Zu bedenken ist auch: „Die Zeichen der Zeit stehen auf Sturm!“ Es ist leichtfertig, alles nur als einen Ausdruck einer allgemeinen Hysterie zu deuten. Der nachfolgenden Teil aus dem Beitrag von Mattias Krupa – wenn er ehrlich und wahr gemeint ist, ist einer der vielen Signale, die zu vernehmen sind und uns mahnen aufzuwachen. Aber wir sind ja schon so weit, dass der Verdacht in uns nagt, solche Sätze finden sich auf einer traditionsreichen Zeitung nur, um die Auflagenhöhe halten zu können. Wo wird noch ein ehrliches Spiel gespielt? Solange die Berichterstattung über die Entwicklung unserer Gesellschaft noch profitabel ist (oder die Einschaltquoten noch hoch sind), scheint den Medien die Richtung ihrer Entwicklung doch egal zu sein. Oder? Ich hoffe, dass diese Aussage für viele Schreiber kränkend ist, weil dann noch ein Rest an Hoffnung besteht, dass eine Korrektur erfolgen kann.

Europas Spaltung

Brennende Barrikaden in Paris, Brexit-Drama in London - ist der Riss durch die Gesellschaft noch zu schließen? VON MATTHIAS KRUPA

Das ist ein Bericht auf der Titelseite der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 13. Dezember 2018. Es heißt dort unter anderem:

... Die Krise der Demokratie ist in den europäischen Kernländern angekommen. In Großbritannien und in Frankreich, dort also, wo der moderne Parlamentarismus und die Volkssouveränität ihren Ausgang nahmen. So unterschiedlich die Kulissen sind - in Paris brennen die Barrikaden, in London zerlegt sich das Parlament -, so sehr gleicht sich das Drama: zwei innerlich zerrissene Länder, deren Regierende mit wachsender Verzweiflung den verloren gegangenen Zusammenhalt beschwören.

Die Ursachen für die wachsende Polarisierung sind nicht mehr zu bestreiten. Die Globalisierung teilt die westlichen Gesellschaften streng in Gewinner und Verlierer. Migration und digitaler Wandel verunsichern viele Menschen fundamental. Angst und Wut, die sich breitmachen, werden durch soziale Medien zusätzlich befeuert. Neu ist, was man nun in London und Paris erlebt: Die gesellschaftliche Spaltung schlägt unmittelbar auf das politische System durch.

In Großbritannien haben sich Anhänger und Gegner des Brexits so sehr ineinander verkeilt, dass keine Verständigung mehr möglich zu sein scheint. Oder, schlimmer noch: überhaupt keine politische Entscheidung mehr. Theresa May hat die entscheidende Abstimmung über den Brexit im Unterhaus auf unbestimmte Zeit verschoben. Das ist nicht nur eine bittere Niederlage für die Premierministerin, nun steht auch die Handlungsfähigkeit des Parlaments selbst infrage.

In Frankreich scheint auf den ersten Blick alles wie immer zu sein: Die Straße brennt, der Präsident knickt ein. Aber diesmal sind es nicht die üblichen Interessenvertreter, die die Randalen auf der Straße organisieren. Der Protest der Gelbwesten wird von denen getragen, die sich überhaupt nicht mehr vertreten fühlen - weder von der Regierung noch von der Opposition oder den Gewerkschaften. Ihre Wut ist roh und unorganisiert, und sie zielt paradoxerweise auf einen Präsidenten, der seinen Aufstieg dem Kollaps des alten (Parteien-)Systems verdankt.

Weder Macron noch May haben bislang ein Mittel gefunden, die Polarisierung zu stoppen. In beiden Ländern sind die Gräben zuletzt breiter geworden, nicht schmaler.

Nicht nur Frankreich und Großbritannien sind gespalten. Das Auseinanderdriften der Gesellschaften, die Erosion der politischen Mitte, die Schwierigkeiten zu regieren - all das kann man in vielen europäischen Ländern beobachten. In Italien sind linke und rechte Radikale an die Stelle von Sozialdemokraten und Konservativen getreten; in Belgien haben die flämischen Nationalisten gerade

im Streit um den UN-Migrationspakt die Koalition aufgekündigt; in Polen führen Regierung und Opposition eine Art politischer Blutfehde gegeneinander. Selbst in der deutschen Christdemokratie, bislang ein Hort der Stabilität, haben sich mit der Wahl einer neuen Vorsitzenden ungeahnte Risse aufgetan.

Unsicherheit, Angst und Wut zerreißen alle europäischen Gesellschaften. Diese Erkenntnis ist wichtig: Die Gräben der europäischen Politik verlaufen nicht zwischen Ost und West oder zwischen Nord und Süd. Sie verlaufen mitten durch die einzelnen Länder. Es gibt sie in Frankreich wie in Polen, in Italien wie in Schweden. Und in Ansätzen findet man sie auch in Deutschland.

Versöhnung ist ein großes Wort. Aber es beschreibt die wichtigste Aufgabe, vor der die Regierenden überall in Europa stehen: Sie müssen ihre Länder versöhnen, die Fliehkräfte bändigen und einen neuen Ausgleich finden. Theresa May hat es im britischen Unterhaus zu Beginn dieser Woche so formuliert: »Wir alle müssen uns fragen, ob wir bereit sind, einen Kompromiss zu finden.« Ein einfacher Satz, aber wie groß die Aufgabe ist, zeigt die Reaktion der Abgeordneten: Mays Appell ging in höhnischem Gelächter unter.

Ob Frankreich und Großbritannien wirklich Kernländer der Volkssouveränität sind, will ich hier ohne Prüfung nicht kommentieren. Bei uns in Deutschland ist die Volkssouveränität aber noch nicht angekommen und darin sehe ich merkwürdigerweise eine Chance zur positiven Entwicklung. Es gibt aber keine Garantie dafür, dass diese Chance – die in der Heilung des Verfassungsverrates der im Vereinigungsprozess der beiden deutschen Republiken begangen wurde - auch genutzt wird. Das Gegenteil ist zu erwarten, nämlich die weitere Entwertung des Demokratiegedankens durch die Verfassungsorgane. Heute am 27. 12. 2018 meldet die HAZ: in einem Beitrag von Jan-Uwe Ronneburger und Michael B. Berger:

Finanzquelle für Moscheen: Kommt Steuer für Muslime?

Politiker wollen die Abhängigkeit islamischer Gemeinschaften vom Ausland verringern – doch für eine solche Abgabe gibt es rechtliche Hürden

Wenn in einer Gesellschaft verschiedene Religionen und Weltanschauungen miteinander konkurrieren, dann kann der Staat als Sonderorganisation der Gesellschaftsmitglieder, besonders wenn diese eine demokratische Verfassung haben soll, weltanschaulich und religiös nur neutral sein. Die erforderliche Nachricht wäre also gewesen: Die zuständigen Organe der BRD habe alle Abmachungen mit den Religionsgemeinschaften bezüglich des Einzugs von Mitgliedsbeiträgen und finanzielle Zuschüsse für religiöse Dienste und Institutionen gekündigt. Eine solche Nachricht werden wir aber nicht hören, denn die Feinde der Freiheit und der Demokratie haben schon lange alle wichtigen Stühle im Staat besetzt für die erforderlichen Entscheidungen gesorgt, dass der Bürger nicht als

Störenfried auftreten kann. Und sie wissen, dass sie nur eine Karriere machen können, wenn sie weiterhin jegliche Regung in der Gesellschaft, den staatlichen Stempel aufdrücken.

Heute Morgen kam per E-Mail von Mehr Demokratie e.V. folgende Nachricht in einem Newsletter:

Wir alle ahnten es: Der angekündigte Widerstand im Europäischen Parlament (EP) hat sich in Luft aufgelöst. Das Japan-EU-Handelsabkommen wurde am 20.12.2018 verabschiedet und tritt am 1.2.2019 in Kraft. Die Strategie der EU-Kommission geht auf. Nach dem erfolgreichen Widerstand gegen die „gemischten“ Abkommen CETA und TTIP werden nun alle Abkommen zerlegt. Der Handelsteil wird als „EU-only“ erklärt. Damit genügt die Zustimmung des EP – auch bei den nächsten 20 Abkommen. Der demokratische Widerstand in den Mitgliedsländern ist komplett ausgehebelt. Es sei denn, wir klagen dagegen! Deshalb prüfen wir eine Verfassungsbeschwerde gegen diese Zentralisierung.

Lieber Herr Abromeit,

derzeit werden über 20 weitere Handelsabkommen verhandelt. Mit Singapur, Vietnam, Australien, Indien, China und vielen mehr. Mit den üblichen undemokratischen Inhalten. CETA (und TTIP) ist ein gemischtes Abkommen. Hier müssen das EU-Parlament und die Parlamente der Mitgliedstaaten zustimmen. Die EU-Kommission hat dazugelernt. Aufgrund der massiven Proteste werden alle neuen Abkommen aufgespalten. Es gibt jetzt immer jeweils zwei Abkommen.

Eines für den Handel (EU-only), das andere für den Investitionsschutz und die Konzernklagerechte (gemischt). Bei allen neuen Handelsabkommen bleiben die Parlamente der Mitgliedstaaten komplett außen vor.

Das EU-Parlament (EP) wird – wie jetzt bei JEFTA – auch alle weiteren Abkommen einfach beschließen. Dort ist kein effektiver Widerstand zu erwarten. So laufen auch unsere zukünftigen Proteste ins Leere. Die Demokratie fällt dabei im Dienste der Konzerninteressen hinten runter. Das können wir nicht zulassen. ...

... Dazu kommt: Sind diese Abkommen erst einmal beschlossen, sind sie praktisch unkündbar. Auch, wenn wir zukünftig eine andere Bundesregierung oder ein anderes EU-Parlament wählen. Es gibt kein Kündigungsrecht in diesem Vertrag. Unsere Demokratie ist dann ausgehebelt. ...

Wenn Vertreter eines demokratischen Staates Verträge abschließen, die nicht kündbar sind und die Bürger, vertreten durch den Staat, über einen vertretbaren Zeitraum von 20 bis 25 Jahre hinaus bindet, dann ist das eine partielle Entmündigung der nachwachsenden

den Generationen und das kann man mit einem Verrat der Demokratie gleichsetzen. Der ganze politische K(r)ampf um die Handelsabkommen zeigt, dass entweder, die Aufklärung über deren Inhalt und Sinn miserabel ist oder in der Vorbereitung der Abkommen wird über etwas verhandelt, was dem Volk als ganzes schadet. Als dritte Variante käme noch die Einstellung der Staatsvertreter in Betracht, dass diese das Volk für zu dumm halten, um den Inhalt zu verstehen. Das wäre aber eine Bankrotterklärung des Demokratiegedankens. Ein Volk über eine wichtige Sache nicht aufzuklären, ihm bewusst eine schädigende Wirkung zu verheimlichen oder es an Verträge zu binden, dessen Inhalte es nicht verstehen kann ist in eindeutiger Weise demokratiefeindlich. Schon an diesen wenigen Sachverhalten zeigt sich, dass der sogenannte Verfassungsschutz bestenfalls eine Figur für ein Witzblatt ist. Dabei habe ich noch keinem der möglichen Akteure einen bösen Willen unterschoben. Ich würde höchstens wagen zu sagen, dass das alles ein Ausdruck unseres freiheitsfeindlichen Bildungssystems ist. Unterscheiden muss man diese Opfer des Bildungssystem von jenen Zeitgenossen, die als Täter unter der Fahne der Demokratie marschieren und nur ihre eigene Karriere-Suppe kochen. (Ich hoffe, dass es nur eine kleine Minderheit ist.) Die Mehrheit der Entscheider, die den opponierenden Bürgern als Gegner erscheinen, werden aufgrund ihres Leitbildes ihre Entscheidungen als ganz vernünftig und vielleicht sogar als bürgerfreundlich empfinden. Hier zeigt sich eben die Macht der verinnerlichten Leitideen vom Bürger, Gesellschaft und Staat. Und hier zeigt sich auch, dass unsere Gesellschaft nicht daran zugrunde geht, dass einzelne Bürger oder auch Gruppen mit Hakenkreuzen, nationalsozialistischen Parolen oder auch mit dem Symbol aus Hammer und Sichel versucht, die Politik oder die Gesellschaft zu schocken und / oder zu provozieren, sondern daran, dass zu viele Bundesbürger – darunter besonders die Demokratievertreter – zu viel Entscheidungen und Beurteilungen aufgrund von Denkfiguren vornehmen, die noch vom Kaiserreich, vom Nationalsozialismus und vom DDR-Regime geprägt wurden, aber in ihre Herkunft gar nicht einfach erkennbar sind. Die Verschleierung der Herkunft der Denkfiguren, die unser Verhalten mitsteuern, wird gar nicht diskutiert. Mit der Formel von der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ (GG Art. 91,18,21 und 28), die wie eine Rechtfertigungsideologie benutzt wird, wird alles Krause in unserem schein-demokratischen System glatt gebügelt. Da ist etwas faul im Staate ~~Dänemark~~ Deutschland. Im Rückblick auf ein langes Leben sagt mir meine Erfahrung, dass es kein Sinn hat, dagegen an zu stinken (vornehmer: dagegen an zu argumentieren). Die etablierte (Un)Ord-

nung muss sich erst totlaufen, bevor etwas Neues entstehen kann. Da aber so viele positive Entwicklungsmöglichkeiten – für den, der sehen kann – vor uns liegen, fällt es einfach schwer, sich der aktuell (nicht auf Dauer) schützenden Resignation hinzugeben, besonders wenn ich bedenke, dass das „Totlaufen“ einer gesellschaftlichen Maschinerie mit viel Leid verbunden ist.

Wenn ich gleich versuche meine Kritik in Thesen zu fassen, dann weiß ich, dass ich nur eine Stimme unter Millionen Stimmen bin. Trotzdem kann es sein, wenn ich etwas Richtiges sage, dass es Millionen Bürgerinnen und Bürger ebenfalls, als richtig erkennen können. Wenn ich etwas falsch formuliere, kann das Falsche der Geburtshelfer der richtigen Einsicht sein.

Es geht mir in keinem Fall darum, anderen die sich um die politischen Angelegenheiten oder um die Klärung von theoretischen Fragen als sichere Handlungsgrundlage abgemüht haben, den Respekt oder die Achtung zu verweigern. Wenn ich Kritikpunkte mit einzelnen Personen verbinde oder verbinden würde, wäre es kein Widerspruch, dass ich die Kritik in der Sache mit der Sympathie der Personen verbinde oder verbinden könnte.

Ich habe 2012 mich von meiner Frau motivieren lassen, mit nach Island zu fahren. Unter dem Titel „ **Färöer und Island** / Gedanken vor, während und nach einer eindrucksvollen Reise“ habe ich einige Texte auf meiner Internetseite veröffentlicht. Die Übersicht findet man hier: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/105.0%20Uebersicht_Einfuehrung.pdf

Mir geht es hier um Þingvellir. Der Ortsname hat die Bedeutung „Ebene der Volksversammlung“. In Wikipedia ist zu lesen:

Zur Zeit der Besiedlung liefen in Þingvellir Reitpfade aus allen Teilen des Landes zusammen. Hier, auf dem Thingplatz in der Nähe der Schlucht Almannagjá, wurde bereits um 930, also am Ende der Landnahme durch vor allem norwegische Wikinger, einmal jährlich während zwei Wochen im Juni die traditionelle Versammlung Althing abgehalten, die sowohl gesetzgeberische als auch gerichtliche Funktion hatte. Es handelt sich um eines der ältesten Parlamente der Welt – nach denen in Griechenland und im Römischen Reich der Antike. Das Althing bestand bis 1798, als die Dänen es auflösten.
Im Jahr 1000 wurde in Þingvellir die Annahme des Christentums be-

schlossen.

An diesem historischen Ort wurde auch am 17. Juni 1944 die Republik Island ausgerufen und 1994 deren Fünfzigjahrfeier begangen.

Heute sind am Rande des Parlamentsplatzes und an mehreren Orten der Schlucht noch verwitterte und überwachsene Steinmauern zu sehen – Überreste der damals mit Zeltplanen überdachten Lagerstätten.

<https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Eingvellir>

Meine Frau und ich waren an diesem Ort, der nicht durch historische Bauten imponiert, sondern durch die Landschaft und durch die Nachempfindung, dass dort schon vor über 1000 Jahren Menschen die Demokratie gewagt haben. Wenn man bedenkt, wie viel um die Selbstregierung der Völker gerungen wurde und es auch gescheiterte Versuche gab, dann begreift man, dass die Demokratie kein Kinderspiel ist. Dass durch die lange Entwicklungszeit und die verschiedenen Versuche ganz unterschiedliche Formen der Demokratie entstanden sind, erscheint einem ganz selbstverständlich. Aber nicht alle Staaten, die sich mit dem Namen Demokratie schmücken, sind eine Demokratien. Nach meinem Verständnis von Demokratie und auch von der Logik, der Selbstherrschaft oder auch Selbstbeherrschung eines Volkes angelegt ist, können wir von einer echten Demokratie nur sprechen, wenn drei Bedingungen erfüllt sind:

1. Das gesamte Volk hat eindeutig und ausschließlich das Verfassungsgebungsrecht und ist jederzeit oder nach vereinbarten Fristen berechtigt, die geltende Verfassung zu bestätigen oder sich eine andere Verfassung als die, die bis zu dem Änderungspunkt geltende, zu geben.
2. Die Gewaltenteilung, muss eingeführt und konsequent durchgeführt werden. Wobei alle Gewalten direkt vom Willen des Volkes abhängen müssen. Das heißt, die Regierung kann nicht durch das Parlament eingesetzt werden und weder die Exekutive noch die Legislative können die Besetzung der Judikative vornehmen.
3. Jede Demokratie kann zur Diktatur der Mehrheit werden, wenn sie sich nicht durch ihre Verfassung Grenzen setzt in Bezug auf ihre Einwirkungsrechte auf die Individuen, auf die Mitglieder der Gesellschaft, die als Gesamtheit die Sonderorganisation Staat für Aufgaben bildet, die die Gesellschaftsmitglieder nicht in direkter Vereinbarung untereinander regeln können.

Die Thesen

Zur Demokratie

These 1: Wir Deutschen haben noch keine Demokratie

Wir Deutschen sind noch gar nicht richtig in der Demokratie angekommen. Ein Demokratiebewusstsein oder auch ein Verfassungspatriotismus kann sich nur dann richtig entwickeln, wenn die Verfassung erarbeitet oder erstritten wurde.

Uns Deutschen wurde aber die Demokratie zweimal ohne eigenes Zutun eines beachtlichen Teils der Bürgerschaft übergestülpt. Es ist hier die Verfassung vom 11. August 1919 und das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 gemeint. Selbstverständlich sind beide Verfassungen unter schwierigen Umständen zustande gekommen. Es gab auch bestimmt glühende Demokraten, die für ihre Version der Verfassung gestritten haben, aber eine Angelegenheit der Deutschen – mit Ausnahme einer kleinen Minderheit - war es nicht.

1919 waren die Deutschen noch von der Jahrhunderte dauernde Fürstenherrschaft geprägt² und konnten mehr oder weniger die ihnen vorgelegte Verfassung nur wie ein Dekret eines Fürsten zur Kenntnis nehmen. Nach ihrem eigenen Willen wurden sie doch gar nicht gefragt, eine Wahl zwischen einer monarchischen und demokratischen Regierungsform hatten sie auch nicht. Diese Mängel hätten bestimmt geheilt werden können, wenn die Frontmänner und -frauen der Demokratie, die sich mehrheitlich als Sozialisten verstanden, dem Volk hätten eine Ökonomie bauen können, die Arbeit und Brot sicherstellte. Aber diese Fähigkeit hatten sie nicht und sie konnten aufgrund ihrer marxistischen Vorprägung die Ratschläge anderer zur Vermeidung der zerstörerischen Inflation und später der Deflation auch nicht annehmen. Der Sieg der Demokraten verwandelte sich so in einen Fluch für das Volk, der den Nationalsozialisten die Möglichkeit gab, sich als Retter aufzuspielen.

Die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg war nicht besser als die nach dem Ersten

2 Um die Wirkungen der Vorprägungen zu verdeutlichen, erinnere ich daran, dass die meisten heutigen katholischen und evangelischen Christen ihrer Konfession darum anhängen, weil vor Jahrhunderten Fürsten entschieden haben, was ihre Vorfahren zu glauben haben.

Weltkrieg. Die Mehrzahl der Deutschen fühlte sich als Opfer des verlorenen Krieges und mussten jetzt zusätzlich die Bürde des Schuldigen am Krieg und am Massenmord tragen. Sie mussten mehrheitlich um ihr tägliches Überleben kämpfen und hatten keine Kraft sich Gedanken über die politische Zukunft ihres Landes zu machen. Zudem steckte ihnen noch die Mentalität „Führer befehl, wir folgen dir!“ in den Knochen. Zu dem hatten die Deutschen den Verlust deutschen Staatsgebietes und die Teilung des Restdeutschlands zu verkraften. Ein erheblicher Teil der Deutschen fand sich in der Rolle der Habenichtse als Ausgebombte, Flüchtling oder Vertriebener wieder. Eine Wahl der Regierungsform hatten weder die Bewohner der Westzonen noch die der sowjetischen Besatzungszone. Unter diesen Bedingungen haben die Mitglieder des Parlamentarischen Rats – der nicht wirklich frei war in seinen Entscheidungen - in Westdeutschland für den Übergang mit der Formulierung des Grundgesetzes eine gute Arbeit geleistet. Es ist den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates hoch anzurechnen, dass ihnen der Mangel an demokratischer Legitimation des Grundgesetzes bewusst war und sie für dessen Gültigkeit eine Frist gesetzt haben.

Zweimal haben wir also eine Demokratie erhalten, ohne dass sie der Ausdruck eines Volkswillens war. Mit dem Vereinigungsprozess, der mit dem Zusammenbruch des SED-Regimes in der DDR Ende 1989 begann, hätte die Heilung und die Vervollkommnung der Demokratie der Deutschen beginnen können. Aber stattdessen begann der Beginn des Verrates des Grundgesetzes und des Demokratieprinzips durch die Verfassungsorgane Bundestag und Bundesregierung, in dem rechtstechnisch eine Schwachstelle im Grundgesetz ausgenutzt wurde. Ohne eine Absicht der Diffamierung, ist festzustellen, dass wir seit 1990 Verfassungsorgane haben, die sich ihre Legalität erschlichen haben und den Deutschen insgesamt ihr Recht auf die Verfassungsgebung gestohlen haben. Und da die Verfassungsrichter es so hingenommen haben, sind sie in die Rolle des Hehlers geraten. Wenn Deutschland wirklich ein Land der Demokraten wäre, hätten sie diesen Spuk verhindert.

Ich gehöre zu der Generation – die nach und nach unter den Rasen verschwindet -, die hier als Demokraten versagt haben. Und ich will diese Schuld nicht ohne öffentliches Bekenntnis mit in das Grab nehmen. Ich könnte zu meiner Entschuldigung sagen, ich habe doch versucht, diesen Verfassungsverrat zu verhindern, ich sei aber in meinem

Wollen ohnmächtig gewesen. Solche Entschuldigungen hat man bei der Generationen unserer Eltern und Großeltern bezüglich des Nationalsozialismus auch nicht gelten lassen, obwohl sie als Individuen dem gesellschaftlichen Treiben gegenüber genauso Ohnmächtig gegenüberstanden wie wir heute. Herauszufinden, ob diese Ohnmacht tatsächlich oder nur scheinbar besteht, ist auch ein Zweck dieser Bemühungen.

These 2: Verfassung vom Volk für das Volk³

Wir Deutschen haben uns in Bezug auf unsere politische Mündigkeit bisher als Versager erwiesen:

- a) Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg haben wir uns keine Besinnungspause verschaffen / gegönnt, um herauszufinden, welche Bedingungen die Demokratie im Hinblick auf die Zustimmung der Bürger erfüllen muss, damit ihr mit Herz und Verstand den Vorzug gegenüber anderen Regierungssystemen gegeben wird.⁴
- b) Die Chancen, die die vom Volk nicht durch Erarbeitung erworbene Demokratie trotzdem bot, wurde durch die ökonomische Uneinsichtigkeit der Demokraten⁵, die die politischen Gewalten für sich erobert hatten, verspielt, so dass die Demokratie der NS-Diktatur – die legal an die Macht kam – den Platz einräumen musste.
- c) Der Nationalsozialismus und die Folgen lastet auch den Nachgeborenen wie eine schwere Bürde auf den Schultern, die ihr Gemüt belastet.
- d) Die Installation der Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg konnte ohne Mängel in der Legitimation nicht gelingen. Der Begriff Grundgesetz war die Bezeichnung für die erste Stufe, die Verfassung sollte die Mängel beheben.
- e) In dem Vereinigungsprozess wurde der Grundgesetzauftrag und die Logik der Demokratieidee verraten. Ob die Ursache, die Angst um Machtverlust, um Verlust von wirtschaftlichen Privilegien oder die Angst, das Volk könne etwas wollen, was hinter dem Grundgesetz zurückfällt, die Ursache war, wurde nicht geklärt.

Wir Deutschen müssen den Mut fassen, klar Schiff zu machen, den Unrat, der das Leben an Bord vergiftet über Bord zu werfen.⁶ Im Klartext heißt das, dass wir Deutschen unsere Feigheit – die uns hindert unser Recht auf eine Verfassungsgebung einzufordern

3 Als Volk wird hier verstanden die Summe der Mitglieder einer Gesellschaft, die sich durch die Bildung eines Staates von anderen Völkern / Staaten abgrenzt. (Die Föderation und Konföderation erweitern den Begriff *Volk*.)

4 Es wird immer wieder vergessen, dass aus der Sicht der Gesellschaftsmitglieder, die Demokratie kein Selbstwert an sich ist, sondern nur durch bessere Leistungen für die Seele und den Leib der Bürger, als sie andere Regierungssysteme bieten, ihre Existenzberechtigung erweisen muss.

5 Die Mitschuld der Siegermächte und der Kapitalmacht am Scheitern der Weimarer Republik sollte separat betrachtet werden.

6 Das Sprachbild stammt aus einer Zeit, als man sich noch nicht vorstellen konnte, dass man mit so einem Vorhaben, die Meere auch vergiften kann.

– überwinden. Und dieses bevor wieder eine Entwicklung eintritt, die ein besonnenes Handeln unmöglich macht.

These 3: Grundsätze für die Verfassungsarbeit

Kein Bundestag, keine Bundesregierung und kein Verfassungsgericht kann die Bürger Deutschlands daran hindern, sich Gedanken über eine künftige Verfassung zu machen und dazu an Entwürfen zu arbeiten. Wenn ein Organ es trotzdem versuchen sollte, schützt es nicht die Demokratie, sondern seinen Machtanspruch und bekennt sich dadurch als Antidemokrat.

Bei den Grundrechten ist zu bedenken, dass sie nicht von einer verfassungsgebenden Versammlung oder direkt vom Volk verliehen werden können, sondern ein Naturrecht sind. Das heißt, der Mensch erwirbt sie mit seiner Geburt. Die Grundrechte waren also schon immer da, auch in Zeiten als von ihnen keiner sprach oder in autoritären oder monarchistischen Regierungssystemen verneint wurden. Die Wirksamkeit der Grundrechte beginnt mit dem Bewusstsein, dass es sie gibt. Die Verfassung kann die Verfassungsorgane und die Mitglieder nur verpflichten, die Grundrechte bei allen Entscheidungen und Handlungen zu beachten und das ist nicht wenig.

Schwierig ist es, die Grundrechte genau zu erfassen, weil ihre Existenz ja auch vom Erkenntnisstand und der kulturellen Prägung der Mitglieder einer Gesellschaft (oder ihrer philosophischen Vorreiter) abhängt. Schon die Abfassung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* dürfte nicht ohne Konflikte verlaufen sein und konnte wohl nur deshalb gelingen, weil sie als ein gemeinsames Ideal aufgefasst wurde, das anzustreben sei und nicht als Gesetz. Um ihre Wirksamkeit der Grundrechte zu erhöhen, scheint es geboten zu sein, sie auf das Notwendigste zu begrenzen und den Versuch zu vermeiden, aus ihnen ein politisches Wunschprogramm zu machen.

Weiter ist zu berücksichtigen, dass in eine Verfassung keine Ewigkeitsklauseln gehören, denn diese begründen die Herrschaft der Toten über die Lebenden und stellen einen Versuch dar, künftige Generationen von ihrem Recht auf die Verfassungsgestaltung zu trennen und sie politisch zu entmündigen. Der wahre Schutz einer Verfassung ist ihre Qualität, die die Verfassungsorgane und die Bürger veranlasst sie zu achten und mit Leben zu

erfüllen. Ein geheimdienstlicher Verfassungsschutz ist geradezu widersinnig, weil eine Verfassung sich im Wettbewerb mit konkurrierenden Modellen bewähren muss. Wenn sie den Wettbewerb – der ein Optimierungsdruck ist - nicht besteht, ist oder war sie mangelhaft und hat damit das Signal für eine neue Verfassung gegeben.

Die Sprache der Verfassung muss eindeutig und für den „Normalbürger“ ohne Juristen als Dolmetscher lesbar sein. Die einzelnen Artikel oder Paragraphen dürfen nicht gegenseitig im Widerspruch stehen oder sich teilweise gegenseitig aufheben.

Eine Verfassung hat nicht einen bestimmten Entwicklungsstand einer Gesellschaft zu fixieren, sondern zu zeigen unter welchen Bedingungen ihre Weiterentwicklungen möglich ist. Weiter hat die Verfassung die Staatsgewalten in ihrer Funktion und ihrem Umfang, untereinander, im Verhältnis zu den Untergliederungen des Bundes und im Verhältnis der Bürger zum Staat und umgekehrt zu beschreiben. Es wird auch gesagt, die Verfassung sei ein Schutz des Bürgers gegen Übergriffe des Staates. Auch diese Aussage ist wichtig, denn der Mensch in der Rolle des Staatsdieners, maßt sich leicht an, der Herrscher über seinen Herrn, den Bürger, zu sein.

These 4: Was ist weiter bei der Verfassungsarbeit zu bedenken?

Wer sich Gedanken über den Inhalt einer Verfassung macht, hat sich ja schon für die Demokratie entschieden und nimmt es nicht einfach hin, dass ihm eine Verfassung einfach oktroyiert (aufgedrückt) wird. Damit ist aber noch nicht die Form des Staates geklärt. Gemeint ist hier die Frage, ob die Verfassung für einen Zentralstaat oder einen Bundesstaat entworfen werden soll. Gehen wir mal davon aus, dass weiterhin der Bundesstaat das Modell abgeben soll. (Es ist eine Frage, die der Souverän, das Volk als ganzes entscheiden muss.) Dann ist es wichtig, den Staat dort stark zu machen, wo die Bürger die Demokratie unmittelbar erleben können, das ist in der Gemeinde. Die Aufgaben zwischen Bund, Länder und Gemeinden müssen eindeutig und klar getrennt werden. Für die Finanzierung muss gelten: „Wer die Musik bestellt, muss sie bezahlen!“. Es ist eine falsche Entwicklung, wenn Kommunen ihre Tätigkeit in der Hauptsache danach ausrichten, ob ein Vorhaben vom Landkreis, von der Region, vom Land, vom Bund oder von der EU bezuschusst wird. Letztlich muss in den Kommunen das Geld vorher abgeschöpft werden. Das, was sie als Zuschuss erhalten, ist aufgrund der Verwaltungs-

kosten nur ein Rest dem Teil der Wertschöpfung in der Kommune, der ihnen vorher genommen wurde. Das Kuddelmuddel von heute ist ein Grund a) für die Leistungsschwäche der derzeitigen eingeschränkten Demokratie und b) für die Abwendung der Bürger von der Politik und c) der sinkenden Wertschätzung von Politikern durch die Bürger ohne Status als Politiker. Verstärkt wird das allgemeine Missfallen dadurch, dass mit der EU ein vierter Mitspieler nach unverständlichen Spielregeln in der Politik mitmischte und so die Begeisterung für das geeinte Europa zunichtemacht.

These 5: Chancengleiche politische Willensbildung und Gewaltenteilung

Im Grundgesetz im Artikel 20 (2) steht:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Der Begriff *Abstimmungen* kann sich nur, wenn er einen Sinn ergeben soll, auf das direkte Stimmrecht aller Wähler beziehen (Volksabstimmungen). Da der Parlamentarische Rat für die Abstimmungen keine Verfahrensregel mitgeliefert hat, hätte der Bundestag diese beschließen müssen. Aber die Parteien, die die Mehrheit hatten, hatten daran kein Interesse, weil das Volk dann ja die Möglichkeit gehabt hätte anders zu entscheiden als sie selbst es für richtig halten. Darin ist eine Verformung des Grundgesetzes zugunsten der Parteien zu sehen und ein Ausschluss des Volkes als Gesamtheit von der politischen Willensbildung.

Im Art. 21 (1) heißt es:

Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

Aus dem Mitwirkungsrecht der Parteien an der politischen Willensbildung haben die Parteien, die den Bundestag für sich erobert haben, ein Kartell gemacht, das verhindert, dass so gut wie keine parteiunabhängigen Kandidaten in den Bundestag gelangen. Auch das ist nicht im Sinne des Grundgesetzes. Wer in den Bundestag kommt bestimmen weitgehend die erfolgreichsten Parteien.

Damit die erfolgreichsten Parteien die erfolgreichsten blieben, hat man zur Abwehr der

Konkurrenz die 5%-Hürde bei den Wahlen und die Parteienfinanzierung eingeführt. Durch die Fraktionsbildung im Bundestag (und den anderen Parlamenten), die im Grundgesetz gar nicht vorgesehen ist, wird das Meinungskartell der Parteien auf die Parlamente übertragen. Kartelle sind aber grundsätzlich negativ zu beurteilen, weil sie die Wahl- und (in den Parlamenten) Meinungsfreiheit einschränken. Aus dem Grundgesetz lässt sich zwar das Verbot eines Fraktionszwanges ableiten, aber ohne Mitgliedschaft in einer Fraktion wird der Abgeordnete leicht zu einer einflusslosen Randfigur.

Die Wahl der Regierung durch die Parlamentsmehrheit, hebt quasi die Gewaltenteilung auf, weil dieses Verfahren praktisch eine Hörigkeit der Parlamentsmehrheit gegenüber der Regierung erzeugt und die Abgeordneten der Parlamentsminderheit dienen dann in der Hauptsache nur noch dazu, die Kulisse zu füllen. Und den Gipfel der Demokratieverfremdung stellt dar, dass Parteimitglieder darüber abstimmen dürfen, ob ihre Abgeordneten eine Regierungskoalition mit einer anderen Partei eingehen dürfen oder nicht.

Mit den bisherigen Darlegungen sind bestimmt nicht alle Kritikpunkte in Bezug auf die politische Willensbildung und Gewaltenteilung benannt worden. Es wurden aber genügend Schwächen benannt, um den ganzen Komplex auf Schwächen und Optimierung zu durchdenken. Und Lösungen gibt es für die Probleme auch.

Die Mehrheit im Bundestag kann man aus ihrer Situation als Zwitter (Regierungsstütze und Gesetzgeber) und die Minderheit aus ihrer Ohnmacht dadurch befreien, dass die Regierung vom Volk gesondert und direkt gewählt wird. Dass das Wahlverfahren für den Bundestag so gestaltet wird, dass eine wirkliche Chancengleichheit der Kandidaten entstehen kann und Bewerber für den Bundestag, nicht erst bei einer Partei buckeln müssen. Die Parteienfinanzierung wird gestrichen oder so gestaltet, dass jeder einzelne Bürger entscheiden kann, wo und wie er mit seinem Steuerbeitrag eine politische Willensbildung fördern will (und das muss dann keine Partei sein). Abgeordnete und Regierungsmitglieder müssen ihre Mitgliedschaft in gesellschafts- und politisch relevanten Organisationen aufgeben oder wenigstens für die Dauer ihres Mandats ruhen lassen. Weder der Bundestag noch die Bundesregierung behalten das Recht, auf die personelle Besetzung der Judikative einzuwirken. Hier für wird ein Richterwahlgremium geschaffen, das durch die direkte Wahl des Volkes besetzt wird. Dem Bundestag wird das Recht

entzogen an ihrer Geschäftsgrundlage - der Verfassung - Änderungen vorzunehmen - egal mit welcher Mehrheiten sie beschlossen wurden. Soweit diese notwendig werden, erfolgen diese durch Volksabstimmungen. Auch der Bundespräsident als Verbindungsglied der drei Gewalten und als Repräsentant der Republik wird direkt gewählt. Ihm wird ein gewählter Verfassungsrat beigeordnet, der die Gesetze auf Verfassungskonformität und Verständlichkeit prüft, bevor der Bundespräsident sie unterschreibt. Er erhält ein Vetorecht für Beschlüsse des Bundestages in eigener Sache und leitet Volksabstimmungen ein und überwacht die dafür erforderlichen Verfahren, wenn die Bedingungen dafür erfüllt sind.⁷

These 6: Bestimmung der Grenzen des Staates und darüber hinaus

Wenn wir uns wirklich auf eine Erarbeitung einer gültigen Verfassung einlassen wollen, die den Bürgerfrieden ermöglicht und den Völkerfrieden fördert, dann müssen wir klären was für einen Staat und was für einen Zusammenschluss der europäischen Länder wir wollen und ab wann die Gestaltungsfreiheit des Nationalstaates durch Berücksichtigung der Interessen anderer Völker an ihre Grenzen stößt. Aber vorher müssen die Grenzen nationalstaatlicher Aktivitäten und Regelungen ausgelotet werden, ab der die Grundrechte durch den Staat nicht mehr gefördert, sondern sabotiert werden.

Die UN-Klimakonferenz in Katowice 2018 und die vorherige von 2015 in Paris zeigten, dass die Nationalstaaten jeweils nur ein Teil der Weltgemeinschaft sind. Wenn über eine neue Verfassung nachgedacht wird, dann muss herausgefunden werden, wo internationale Eingriffe in die nationale Gestaltungsfreiheit für innere und äußere Angelegenheiten berechtigt sind und wo sie zurückgewiesen werden müssen. Das gleiche gilt für nationale Einwirkungsmöglichkeiten jenseits der nationalen Grenzen. Der Nutzen und der Schaden von Militärbündnissen und Handelsabkommen muss gegeneinander aufgewogen werden. Dass bei den Bemühungen um die Einheit Europas etwas schief gelaufen ist, merkt man an der allgemeinen Unzufriedenheit und besonders am Brexit. Die Ursache liegt hier darin, dass man einfach problematisch gewordene nationale Politiken der Mitgliedsländer zentralisiert auf Europa übertragen hat. Die Idee von der Einheit Europas wird nur dann nicht weiter leiden, wenn die Einzelstaaten gründlich über ihr eigenes Wollen und über ihre eigene Gestalt nachdenken und sich dabei durchaus von den

⁷ Was hier beschrieben wurde, sind nur Lösungsmöglichkeiten. Ich maße mir nicht die Rolle des Verfassungsgebers an.

Nachbarn in die Karten schauen, aber nicht bevormunden lassen. Dies müssen – um Vertrauen aufzubauen – gegenseitige Akte der betroffenen Länder sein. Wenn diese Arbeit gut geleistet wird, wird man auch wissen, wie die Verfassung für Europa aussehen muss, die ein gedeihliches Zusammenleben der Europäer ermöglicht, ohne ihre in Jahrhunderten gewachsene Identitäten gewaltsam zu zerstören und damit die Giftkeime in das gemeinsame Wollen einzupflanzen.

Zur Ökonomie

These 7: Zum schwierigen Feld der Ökonomie - allgemein

Da es praktisch keine Handlung des Menschen gibt, die keine ökonomische Dimension hat (auch das Schenken und die Übertragung von Einkommen durch den Staat auf Bürger ohne Gegenleistung gehören dazu), ist es kein Wunder, wenn die Art, wie die Ökonomie betrieben wird, das Bild der im Blickpunkt stehenden Gesellschaft prägt und den Umfang des Staates und seiner Aktivitäten bestimmt.

Genauso wie die Produktion, die Verteilung und der Konsum, sind die soziale Sicherung und die Bildung Teile der Ökonomie, wenn auch in anderen Formen, wie die erstgenannten Bereiche.

Grundsätzlich haben wir zwei reine Formen der Wirtschaftsordnung wie wir die Ökonomie organisieren können. Da ist auf der einen Seite die Marktwirtschaft (oder auch Verkehrswirtschaft genannt) und auf der anderen Seite die Zentralverwaltungswirtschaft (auch Kommandowirtschaft genannt). Beide reine Formen wurden noch nie realisiert. Selbst der Sowjetunion und China ist es in Zeiten, wo die Entscheidung für eine Zentralverwaltungswirtschaft eindeutig war, nicht gelungen schwarze Märkte ganz zu unterdrücken. Und die Länder, die für sich in Anspruch nehmen, bei ihnen gäbe es eine Marktwirtschaft haben in der Regel starke Elemente der Zentralwirtschaft installiert oder / und zählen die kapitalistischen Einschlüsse im Wirtschaftssystem zur Marktwirtschaft. Der Kapitalismus ist aber weder in seiner privatwirtschaftlichen noch in seiner staatlichen Form eine Wirtschaftsordnung, sondern ein Überlagerungssystem, das die Arbeit in Form von Rendite und Zins dem Kapital tributpflichtig macht.

Grundsätzlich kann man annehmen, dass eine Wirtschaftsform dann stabiler ist, wenn sie eindeutig eine der beiden reinen Formen anstrebt. Zu bedenken ist aber, dass die Annäherung an die Zentralverwaltungswirtschaft mit einem Verlust an Freiheit für die Individuen einhergeht und die Annäherung an die Marktwirtschaft mit einem Freiheitsgewinn. Diese Leistung der Marktwirtschaft ist aber nur zu haben, wenn die Störungen beseitigt werden, die im Geldsystem, im Bodenrecht und Patentrecht liegen. Es sind die Stützen des Kapitalismus und die Ursachen für die Verzerrung des marktwirtschaftlichen Leistungsaustausches.

Die Regelungen in den Artikeln 14 und 15 Grundgesetz sind unzureichend.

Art 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Art 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Der Art. 14 wäre korrekt, wenn er noch definieren würde, welche Güter die Eigentumsfähigkeit haben. Die Marktwirtschaft ist ein dezentrales System des Leistungsaustausches, also können nur solche Güter getauscht werden, die durch Leistung entstehen. Das, was die Natur den Menschen als Existenzbedingung schenkt und an dem alle Menschen das gleiche Anrecht haben kann kein Privat-Eigentum sein. An diesen Gütern kann es nur Nutzungsrechte geben, für die der jeweilige Nutzer der Allgemeinheit in Höhe seines Nutzens einen Ausgleich zahlen muss. Aber nach der Klärung, welche Güter die Eigentumsfähigkeit und welche nicht und der Umstellung des Rechtes kann das alte Recht nicht einfach gebrochen werden, sondern muss durch Ausgleichszahlungen ermöglicht werden, wie sie im Art. 14 vorgesehen sind.

Der Artikel 15, wirkt wie ein Nachklang auf die großen Bodenreformbewegungen Anfang des vorigen Jahrhunderts. Nur der Begriff „Produktionsmittel“ passt hier nicht her

und ist ein Ausfluss marxistischer Analyse des Kapitalismus⁸. Dass dieser Artikel bloß eine Dekoration des GG geblieben ist, hängt wahrscheinlich mit folgendem zusammen:

- a) Der Anwendung des Artikels wurde durch eine einseitig politische Willensbildung verhindert.
- b) Die Kirchen als Großgrundbesitzer verraten lieber ihre Soziallehren, als dass sie einer Reform des Bodenrechts zustimmen.
- c) Der private Großgrundbesitz und die Grundeigentümerverbände haben wahrscheinlich mit Spendengeldern und Lobbyarbeit einer Bodenreform entgegengewirkt.
- d) Auch die reformfreudigen Bürger sehen meisten nicht den Zusammenhang zwischen der Spaltung der Gesellschaften (einschließlich aller Kriegsformen) und dem Bodenrecht.
- e) Weil wir uns eine teure Sozialwissenschaft (einschließlich der Ökonomie) leisten, die sich erlaubt, die Probleme, die den Menschen aus dem geltenden Bodenrecht erwachsen, einfach zu ignorieren oder als nicht vorhanden erklären.⁹

Wenn diese Probleme nicht vor der eigentlichen Verfassungsarbeit geklärt werden, kann eine vernünftige Verfassung nicht gelingen.

Ein Modell der Zentralverwaltungswirtschaft wäre bei den Nachteilen, die sie gegenüber der Marktwirtschaft bietet, nie zu einem Regierungsprogramm und Politikalltag geworden, wenn es sich nicht im Schatten des Elends, das eine kapitalistisch deformierte Marktwirtschaft geliefert hat, als Erlösung vom ökonomischen Elend hätte darstellen können. Das Elend, das Wirtschaften vergangener Zeiten geliefert hat, ist bekannt und war die Schubkraft für den Marxismus. Hinzu kommt, dass offensichtlich viele Intellektuelle den Großen Plan besser verstehen können, als das scheinbare Chaotische in den Märkten. Weiter ist die Opferbereitschaft der Hoffenden zu berücksichtigen, die durch den Glauben gefördert wurde, dass dieser Weg zur Befreiung von allen ökonomischen Übeln führen würde. Als Ermutigung wurde dann auch noch vom Modell des demokratischen Zentralismus gesprochen, das eine weitere Illusion beherbergt. Das Modell der Zentralverwaltungswirtschaft ist nicht an den Marxismus gebunden, der nicht einfach von Marx abgeleitet werden kann. Dieses Modell kann bei Verzicht auf Gewalt aber nicht ohne eine Ideologie etabliert werden, die Opferbereitschaft ihrer Befürworter erzeugt.

Gehen wir noch kurz der Frage nach, wie der Staat zu den beiden reinen Wirtschaftsmodellen steht. Karl Marx war nicht der einzige Gesellschaftsreformer, der vom Absterben

⁸ Die nichts Anrühiges wäre, wenn sie stimmen würde.

⁹ Im Anhang befinden sich zu diesem Thema zwei Beiträge, die ich in diesen Tagen per E-Mail erhalten habe.

des Staates träumte. In Wirklichkeit ist ein Votum für die Zentralverwaltungswirtschaft eine Wahl für die Verstaatlichung allen gesellschaftlichen Lebens ohne Schonung eines Privatbereiches.

Anarchisten – deren Bezeichnung ungerechterweise mit Terrorismus gleichgesetzt wird, obwohl sie nur im kleinen Maßstab das nachzuvollziehen suchten, was in der Christianisierung Europas angewandt worden ist – glaubten und glauben zum Teil noch, auf den Staat verzichten zu können.¹⁰ Das ist ein Irrtum. Das liegt daran, dass auch Anarchisten leben wollen. Und wer leben will, muss wirtschaften. Und wirtschaften ohne Staat kann der Mensch nur in geringem Umfang in autarken gesellschaftlichen Zellen oder als Einsiedler, weit weg von jeglicher Zivilisation. Die Gesellschaft in der das Individuum geboren wird, muss sich auf Zeit oder auf Dauer für eines der beiden benannten Modelle entscheiden oder eine Mischform wählen.¹¹ Soviel mehr Anarchisten die Nähe zur Zentralverwaltungswirtschaft suchen, je mehr müssen sie ihre Idee von der Überwindung des Staates opfern. Je mehr sie sich für die Marktwirtschaft entscheiden, je mehr können sie von ihrer Idee vom Abbau oder der Vermeidung des Staates retten. Aber ganz ohne Staat (oder eine ähnliche Institution, die bestimmte staatliche Funktionen übernimmt) geht es nicht. Das liegt daran, dass die Marktwirtschaft kein Naturprodukt ist, sondern ein Erfahrungs- und Rechtsprodukt, das eine dezentrale Koordination von Einzelplänen und Kooperationen freier Individuen durch Verabredungen ermöglicht. Zudem müssen Verbindungswege, Maße, Gewichte und eine Währung als Zwischenglied verschiedener Tauschvorgänge und der Arbeitsteilung geschaffen und unterhalten werden. Ohne ein kodifiziertes Handelsrecht und einen neutralen Mitspieler, der das Recht durchsetzt, ist eine ausgebaute Marktwirtschaft nicht denkbar. Ob eine Marktwirtschaft leistungsgerechtes Einkommen liefert oder nicht, hängt davon ab, ob die Bürgergemeinschaft, vertreten durch einen demokratisch strukturierten Staat bereit ist, die Hindernisse, die bisher ein gerechtes Ergebnis verhinderten, aus dem Weg zu räumen. Letztlich können ohne eine ausgebaute Wirtschaft die Massen von Menschen, die es heute gibt, nicht überleben. Der ganze Komplex ist eine Frage von Krieg und Frieden.

10 Die Frontstellung gegen den Staat resultiert aus der Vorstellung, dass dieser die Herrschaft des Menschen über den Menschen verursacht und stützt. Diese Herrschaft lehnt der Anarchismus berechtigt ab, übersieht dabei aber, dass der Staat die Voraussetzung für die Freiheit sein kann. „Das Gesetz soll herrschen nicht die Menschen“. Die Form des Staates entscheidet über den Raum, den die Freiheit einnehmen kann. Hier findet sich ein brauchbarer Beitrag zum Thema:
<https://www.br.de/nachricht/inhalt/linksextremismus-124.html>

11 Das Auswechseln der Systeme ist erfahrungsgemäß nicht ohne Konflikte und gesamtgesellschaftliche Kosten zu bewerkstelligen.

These 8: Zur Ökonomie der Bildung

Die Bildung ist eindeutig ein Teil der Kultur. Die Generierung und die Wahrung von Recht hat die Bildung als Voraussetzung. Und das Recht hat unter den Teilnehmern in dem jeweiligen Bildungssystem für den Rechtsfrieden zu sorgen. Aber genauso ist die Bildung ein Bestandteil der Ökonomie. Und die Bildung ist wie beim Recht die Voraussetzung, dass sich hier etwas Neues entwickeln kann und das Gegenwärtige und Vergangene nicht vergessen wird und analysiert werden .

Wie in der allgemeinen Ökonomie ist auch hier die Wahl zu treffen zwischen einer zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnung (umgangssprachlich auch als Kommunismus benannt) oder einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Mit der Wahl wird darüber entschieden, ob die Grundrechte nur verbal gelten oder real. In der Realität ist es so, dass sich die Politik in Deutschland nie wirklich vom kommunistischen Modell der Bildung, wie es im Kaiserreich, unter dem Nationalsozialismus und unter der SED-Herrschaft galt, verabschiedet hat ¹². Die Bürger unseres Staates sind als Bildungssklaven aufgewachsen und können sich die Existenz und die Wirkungen eines freien Bildungswesen gar nicht richtig vorstellen. Die Wirkung ist, dass unsere politischen Parteien darum wetteifern, möglichst viel Herrschaft über die Inhalte in den Köpfen der Bürger – und damit über die Bürger selbst - zu bekommen. Dieser Herrschaftsanspruch wird hier Faschismus genannt. Er segelt unter der Flagge „freiheitlich demokratischer Grundordnung“.

Es wird viel von einer kostenlosen Bildung – in Form einer Zustandbeschreibung oder einer Forderung – geredet. Das ist ökonomischer Unsinn, denn Kosten entstehen in jedem Bildungssystem, es gibt die Sachkosten (Gebäude und Lehrmittel), Personalkosten, die Fahrkosten, die Kosten der Sozialversicherungen und wenn die Bildungsaneignung von der Produktivarbeit getrennt ist, die Lebenshaltungskosten. Wenn Kindern oder Erwachsenen die Teilnahme an der Bildungsaneignung unentgeltlich ermöglicht wird, müssen entweder andere Personen oder z. B. eine Stiftung die Kosten schenkungsweise übernehmen oder der Gesetzgeber bürdet die Kosten zwangsmäßig den Bürgern auf, die mit ihren Steuern die „Geschenke“ des Staates finanzieren müssen. Gehen wir von einem Modell aus, das die Allgemeinbildung von der Kinderkrippe bis zur Volljährigkeit

¹² Die Aussage wird auch nicht dadurch unrichtig, dass der Zentrismus auf 16 Bundesländer aufgespalten wurde. Jedes Bundesland repräsentiert im Grundprinzip eine gleiche Einheit.

umfasst, dann lässt sich der Umfang der Kosten, die das übliche staatliche Bildungssystem verursacht, anhand eines ausgereiften Systems des Bildungsguthabens ein freies privatrechtlich begründetes Bildungssystem realisieren.¹³

Die Kosten der Bildung können aber nicht unbegrenzt den Erwerbstätigen aufgelastet werden, zumal es immer mehr aus kulturellen, politischen und ökonomischen Gründen erforderlich wird, die Bildung zu einem lebenslangen Prozess zu machen.¹⁴ Und hier wird die Demokratie zu einem System der Willkür, wenn die Parlamente einfach allen Bürgern oder einer Selektion aus ihnen die Kosten aufzwingt. Es ist also erforderlich die ökonomischen Verhältnisse so zu gestalten, dass jeder erwachsene Bildungswillige, die Kosten seiner Weiterbildung¹⁵ selber tragen kann. Das ist auch möglich, wenn die Kapitalkosten, die in allen Preisen einkalkuliert sind und im Durchschnitt 30 bis 40 % des Nettoeinkommens ausmachen gegen Null heruntergefahren werden und die Steuerlast des Staates erheblich reduziert wird.¹⁶ Dieses erfordert, die Kosten der Konjunkturkrisen durch die Vermeidung dieser Krisen herunterzufahren (die Erkenntnisse dafür liegen seit über 100 Jahren vor) und eine Politik zu betreiben, die es ermöglicht, die Militätkosten wesentlich zu reduzieren und die Kriegszerstörungen zu vermeiden. Die Studenten müssen in die Lage versetzt werden, mit 10 Stunden Erwerbsarbeit in der Woche sowohl ihren Lebensunterhalt wie auch die Kosten des Studiums zu bezahlen. (Sonderregelungen für Menschen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen können, kann es dann immer noch geben.) Die Hochschulen die dann als Kulturunternehmen agieren, müssen sich auf diese Situation einstellen, die Studiengänge an die Lebensumstände und künftige Erwerbsaussichten anpassen und ihre Kosten und Erträge selber erwirtschaften. Förderungen sowohl der Studenten, wie auch Studiengänge für besondere Leistungen oder Anliegen müssen dann direkt aus der Gesellschaft und nicht über den Umweg Staat kommen. Auch das ist eine direkte demokratische Teilhabe von Bürgern an der Gesellschaftsgestaltung.¹⁷

13 Ich stelle zur Erläuterung des Bildungsguthabens die von mir formulierten Thesen zur grünen Bildungspolitik vom Februar 1984 in den Anhang.

14 In einem Interview von Rasmus Buchsteiner und Tobias Peter in der HAZ vom 3. 1. 19 unter dem Titel „Wir haben gemeinsame Interessen“ mit dem DGB-Chef Reiner Hoffmann und Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter wird wie selbstverständlich ein Recht auf Weiterbildung gefordert, ohne ein Wort darüber zu verlieren, wer die Kosten zu tragen hat.

15 Zur Weiterbildung wird hier die Berufsbildung, das Studium, die berufliche Fortbildung, die Umschulung – wenn sie kein Versicherungsfall ist – und die allgemeine Bildung gezählt.

16 Siehe dazu: „Das Geld-Syndrom / Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“ von Helmut Creutz oder seine Grafiken unter www.helmut-Creutz.de

17 Bei einer primären gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung kann daraus auch kein Problem

These 9: Zur Ökonomie des sozialen Sicherungssystems

Die Zeiten, in denen der Familienverband für seine Mitglieder die Risiken des Lebens durch Krankheiten, Unfall und Invalidität getragen hat, sind lange vorbei und heute nicht mehr möglich. Auch der Versuch, durch möglichst viel eigene Kinder für die unproduktive Zeit im Alter vorzusorgen hat wohl nie so richtig geklappt und soll einer der Gründe der Überbevölkerung in armen Weltgegenden sein. Außerdem gibt es einen alten Spruch, der da lautet. Ein Vater kann wohl sieben Kinder ernähren, aber sieben Kinder können keinen Vater ernähren¹⁸. Es ist also durchaus sinnvoll, die sozialen Sicherungssysteme auf größere Einheiten als auf Familienverbände aufzubauen. Damit ist aber noch nichts über die Inhalte, die Art und Umfang der Absicherung und seine Träger gesagt.

Bevor auf die Möglichkeiten der Gestaltung eines Sicherungssystems einer Gesellschaft eingegangen wird, soll erst einmal gefragt werden, was gemeint ist, wenn vom Sozialstaat die Rede ist. Es mag geschichtliche Fälle geben, wo ein Staat von einem starken Anführer oder Klan einer Gesellschaft gegründet wurde, um die Mitglieder dieser Gesellschaft beherrschen zu können. Es gibt auch die Ansicht, der Staat sei eine Erfindung zur Verteidigung der Klasseninteressen. Im Regelfall wird aber die Staatsbejahung ihren Grund darin gehabt haben und haben, dass er etwas leisten soll, was der einzelne Bürger und das Gewimmel von Verbindungen einer Gesellschaft nicht leisten kann: Schutz des Lebens und des Gutes durch Setzung von Recht und seine Durchsetzung. Schon von diesen Funktionen hergesehen könnte man einen Staat sozial nennen, denn es erleichtert das Leben seiner Bürger und macht es sicherer. Wenn der Staat bei dieser Tätigkeit Bewohnern innerhalb eines umgrenzten Gebietes noch ein Wir-Gefühl vermittelt und damit den Menschen so etwas wie Heimat gibt, erhöht sich schon die Leistung des Staates in Sachen Soziales.

Unter dem Stichwort *Sozialstaat* ist auf der Seite der Bundesanstalt für politische Bildung zu lesen:

Ein Staat, der sich um soziale Gerechtigkeit bemüht und sich um die soziale Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger kümmert. Das [Grundgesetz](#) legt fest, dass die Bundesrepublik Deutschland "ein demo-

erwachsen.

¹⁸ Es ist nicht mal sicher, dass der Vater immer konnte (und kann). Manche Kinder wären – wenn sie noch nicht erwachsen sind – wirklich arm dran, wenn sie nicht tüchtige Mütter hätten.

kratischer und sozialer Bundesstaat" ist (Art. 20 GG).

Das Grundgesetz bezeichnet unseren Staat als einen demokratischen und sozialen Bundes- und Rechtsstaat [Art.20, Art.28 GG]. Damit wird ausgedrückt, dass sich die Gesetzgebung in unserem Staat auch um soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu kümmern hat, also - kurz gesagt - auch Sozialpolitik zu betreiben hat.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16561/sozialstaat>

Hier findet eine Akzentverschiebung, eine Einengung des Begriffes Sicherheit statt. Der Staat ist nicht mehr sozial, weil er den Bürgern allgemein Sicherheit gibt, sondern, er ist sozial, weil er in verschiedenen Lebensfällen den Bürgern geldwerte Leistungen übermittelt. Weiter wird darauf verwiesen:

Soziale Gesetzgebung hat in Deutschland eine lange Tradition. Ihr historisch ältester Zweig ist die Sozialversicherung. Als erstes Land der Welt führte Deutschland 1883 eine gesetzliche Krankenversicherung für Arbeiter ein. Sie besteht heute für alle abhängig Beschäftigten als Pflichtversicherung (bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe).

Vergessen wird, darauf hinzuweisen, dass nicht die soziale Tat das Motiv dieser Gesetzgebung war, sondern als Instrument gesehen wurde, die Arbeiterschaft ruhig zu stellen.

Es ist zu fragen, wann in den folgenden beiden Beispielen ist ein Staat sozial?

- a) Auch bei hoher Arbeitslosigkeit und hohen Lebenshaltungskosten (einschließlich Miete) zahlt der Staat den Betroffenen geldwerte Leistungen, die ihnen nicht nur das Wohnen und die Ernährung, sondern auch noch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Der Staat kann das natürlich nur, wenn denen, die eine Erwerbsarbeit nachgehen, aufgrund seiner Steuerhoheit Teile ihres Arbeitseinkommens wegnimmt.
- b) Ein Staat räumt alles aus dem Wege, was den Bürgern, die arbeiten können und wollen dran hindert, eine Arbeit zu finden, die sie ausreichend nährt. Er – der Staat selbst – wird dadurch in die Lage versetzt, das Arbeitseinkommen so gering zu belasten, dass für eine selbstbestimmte Teilhabe der Arbeitenden an die Kultur, die Bildung, selbst gewählte Sicherungssysteme und für die Rücklagen für das Alter genügend an Einkommen übrig bleibt.

Wenn der Staat ein ohnmächtiger Gestalter der Verhältnisse wäre, dann müsste man ihm für das Modell a) bescheinigen, dass er sozial ist. Ist der Staat aber Herr des Gesche-

hens, dann hat das Modell b) eindeutig den stärkeren sozialen Charakter. Dass heute die überwiegende Mehrheit für das Modell a) stimmt, hängt wiederum mit den Leitideen zusammen.

Es gibt die Redewendung, dass eine verdiente Mark ¹⁹ doppelt oder mehrfach so viel wert ist, wie eine geschenkte Mark. Die Würde der Menschen – die häufig erwähnt wird – ist verletzt, wenn arbeitswillige und -fähige Menschen für ihren Lebensunterhalt keine Arbeit mit ausreichendem Lohn finden. Die Hartz IV-Leistungen verlieren ihren sozialen Charakter, wenn der Bezug darauf zurückzuführen ist, dass der Staat die Ursachen für die Arbeitslosenunterstützung selbst durch Unterlassung von positiver Wirtschaftsgestaltung unterlassen hat. Und die BRD hat von Beginn ihrer Existenz an, die Maßnahmen unterlassen, die eine Vollbeschäftigung ohne Konjunkturschwankungen bei gerechten Löhnen ermöglicht hätte. Unser Staat hat daher die Kennzeichnung „sozial“ genauso wenig verdient wie „demokratisch“.

Hier konnte nicht geprüft werden, welche Intentionen die Mitglieder des Parlamentarischen Rates gehabt haben, als sie Formulierung „sozialer Bundesstaat“ für den Art. 20 GG gewählt haben. Aber die Entwickler des unvollendet gebliebenen Modells *Soziale Marktwirtschaft*, die Ordoliberalen und die Freiwirte haben das Soziale als integralen Bestandteil der Marktwirtschaft gesehen. Die Ordoliberalen hatten die Vorstellung, sie könnten den Wettbewerb so organisieren, dass jederzeit genügend Arbeit mit ausreichendem Einkommen vorhanden und das Kapitaleinkommen nur noch eine vernachlässigbare Größe wäre. Die Freiwirte haben die Probleme schärfer gesehen und wollten eine institutionelle Vorsorge treffen, dass das Arbeitseinkommen (von Unternehmern und Arbeitnehmern) von der Kapitaleite her nicht mehr geschmälert werden konnte. Es herrschte für kurze Zeit die Idee, dass bei der vollen Realisierung des Modells *Soziale Marktwirtschaft* jeder Bürger seine Idee von sozialer Absicherung in freien Assoziationen selber bestimmen können sollte. Die Zwangskollektive, wie sie sich entwickelt haben, waren in der Startzeit der Bundesrepublik noch eine schreckliche Vorstellung. Bei Ludwig Erhard ist in seinem Buch „*Wohlstand für alle*“ von 1957 noch zu lesen:

Wenn wir überhaupt eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf Dauer gewährleisten wollen, dann wird es in der Tat zu einem Grunderfordernis, einer Wirtschaftspolitik, die dem

¹⁹ Erinnerung daran, dass dem deutschen Volk ohne eigenes Zutun die DM abhanden gekommen ist.

Menschen zu persönlicher Freiheit verhelfen will, eine *gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik an die Seite zu stellen*. Darum widerspricht es zum Beispiel der marktwirtschaftlichen Ordnung, die private Initiative, Selbstvorsorge und Eigenverantwortung auch dann auszuschalten, wenn das Einzelindividuum materiell durchaus in der Lage ist, solche Tugenden in weitem Umfang zu üben. Wirtschaftliche *Freiheit* und totaler Versicherungszwang vertragen sich denn auch wie *Feuer und Wasser*. (S. 258)

...

Nachdrücklich muß dieser Gefahr entgegengewirkt werden. In dieser Auseinandersetzung scheiden sich die Geister mehr als in jeder anderen Frage. Die einen wähnen, daß das Wohl und das Glück der Menschen in irgendeiner Form *kollektiver Generalhaftung* begründet liege und daß man auf diesem Wege, an dessen Ende natürlich immer die Allmacht des Staates steht, fortschreiten müsse. Das ruhige und bequeme Leben, das man damit ansteuern will, wird vielleicht nicht allzu üppig, aber dafür um so gesicherter sein. Diese Form des Lebens und Denkens findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Konstruktion des sogenannten Wohlfahrtsstaats. Auf der anderen Seite aber ist das natürliche *Streben* des einzelnen Menschen, in eigener Verantwortung Vorsorge zu treffen und an seine Zukunft, seine Familie und sein Alter zu denken, nicht aus der Welt zu schaffen - so sehr man sich auch indirekt bemüht, das menschliche Gewissen ertöten zu wollen. (S. 259)

Als nach dem grandiosen Start Marktwirtschaft diejenigen die Oberhand gewannen, die sich die Marktwirtschaft nur als Kapitalismus vorstellen konnten und auch realisierten, gewann auch die Vorstellung Raum, dass mit der Sozialpolitik im Sinne von Zwangskollektiven der Kapitalismus gebändigt oder „umgebogen“ werden könne. Wenn die damaligen westdeutschen Kämpfer gegen den Kommunismus hätten einsehen können, dass das eine Unmöglichkeit ist, hätten sie auf Berufsverbote für Menschen, die verdächtig wurden, den Kommunismus zu wollen, verzichtet und ihre Fahnen des Antikommunismus einrollen können. Das ganze Zwangsversicherungssystem geht nicht zu den Lasten des Kapitals, sondern ist nur eine Umverteilungsmaschinerie im Sektor Arbeitseinkommen. Es ist Kommunismus pur.

Es wird immer wieder betont, dass die Steuer- und Sozialversicherungslast der Arbeitnehmer bei 50 % ihres Einkommens liegt. Das heißt denn auch, über 50 % ihres Einkommens können Arbeitnehmer nicht selber verfügen, es nicht so einsetzen, wie sie es für richtig halten. Wirtschaftlich gesehen sind die Arbeitnehmer halb entmündigt. Und dieser Tatbestand wird dann auch noch als Wahlschlager der Linken in verschiedenen politischen Lagern verstanden. Es ist keine neue Erkenntnis, dass linke Politiker die

größten Stützen des Kapitalismus sind.

Selbst die Sozialhilfeempfänger sind für das Kapital noch profitabel, denn das, was sie für ihre „Staatsknete“ kaufen, ist in der Preiskalkulation in der Höhe von einem Drittel des Preises mit Zins belastet. Und ein Gutteil der Unterstützung, die sie vom Staat erhalten, müssen sie als Mehrwertsteuer an den Staat zurückzahlen. Alles sehr „sozial“.

Das soziale Sicherungssystem in Form von Zwangskollektiven hat eine Reihe von Nachteilen, die es nicht überwinden kann. Das System verursacht oder begründet:

- a) die Herrschaft der Sozialpolitiker und der Verbandsfunktionäre;
- b) degradiert den Bürger auf den Status des Objektes;
- c) zwingt den Staat zu polizeilichen Kontrollmaßnahmen auf Baustellen und in Betrieben, die an Polizeieinsätze im Nazi-Regime erinnern;
- d) gebiert weitere Zwangsmemberschaften in Ärztekammern und Kammern für das Pflegepersonal;
- e) macht das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber konfliktträchtig ²⁰.

Und besonders wichtig ist:

- a) das kollektive Sicherungssystem ist kein Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus und auch nicht zur Milderung seiner Wirkungen.
- b) das kollektive Sicherungssystem ist auf Dauer nur für Gesellschaften praktikierbar, die fähig und gewillt sind, ihre Grenzen gegen Begehrlichkeiten von außen geschlossen zu halten. ²¹

These 10: Zur Arbeitswelt

Beiträge zum Verhältnis Konkurrenz und Kooperation / zur Erwerbsarbeit und anderer Arbeit / zu den Gewerkschaften und ihr Unvermögen, den Arbeitnehmer wirklich zu helfen / zur Mitbestimmung und Anteilseigentum der Arbeitnehmer an die Unternehmen / Zur Rollenfixierung der Arbeitnehmer / Entflechtung der Konzerne / zu einem konstruktiven Freihandel ohne Herrschaftsreiche des Kapitals werden hier nicht geschrieben. Die Benennung der Themen soll nur anzeigen, dass es im Zusammenhang mit den Überlegungen zur Verfassung und zur Ökonomie noch vieles zu bedenken ist, und dass es Lösungen gibt, sofern die Themenkomplexe auf Probleme verweisen. TA

²⁰ Die Beiträge von Unternehmen zur Sozialversicherung der Arbeitnehmer sind keine Sozialleistungen der Unternehmen, sondern Lohnzahlungen, die steuerlich anders behandelt werden, als die regulären Löhne. Diese Arbeitgeberbeiträge stünden auch den Arbeitnehmern zur Verfügung für ein frei gewähltes Sicherungssystem. Diese Beiträge ändern auch nichts an den Forderungen der Eigentümer der Unternehmen nach einer „angemessenen“ Rendite.

²¹ Wenn jetzt ein Einwanderungsgesetz kommen soll, so ist es zweckmäßig, für die Einwanderer ein eigenes Sicherungssystem zu begründen, bei der die Ansprüche gegen dieses System bei einer Rück- oder Weiterwanderung mitgenommen werden können.

Von der Wirkung politischer Leitideen, besonders, wenn sie falsch sind und auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

Der Anhang zum Text 160.0:

Die Thesen zum Zustand unserer Demokratie und Ökonomie und ihren Entwicklungs-Chancen

1. Eine Stellungnahme zum Bodenrecht und der repräsentative Demokratie per Mail von Dr. Gerhardus Lang
2. Ein Artikel zum Thema Boden und wohnen in der Tageszeitung (taz) von Prof. Dr. Dirk Löhr
3. Thesen zur grünen Bildungspolitik aus dem Jahr 1984 mit nachträglichen Anmerkung vom August 2009: von Tristan Abromeit

oooooooooooooooooooooooooooo

Eine Stellungnahme zum Bodenrecht per E-Mail vom 3. Januar 2019

Bezug auf: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/grund-und-boden-revolution>

Liebe Freunde des Forums des Seminars für freiheitliche Ordnung,

dieser Artikel zeigt erneut die Inkompetenz der repräsentativen Demokratie: Gegen die mächtige Lobby der Grundbesitzer kommen Parteien als Gesetzgeber nicht an. Der grundsätzliche Unterschied von produzierbaren Waren und Dienstleistungen und den Rechten an Grund und Boden kann von Parteien gar nicht eingesehen werden. Sie sind immer nach ihrer Definition Vertreter von partikulären Interessen. Bei Grund und Boden geht es um das jedem Menschen auf Erden zustehende MENSCHENRECHT auf einen Teil der Erde, die allen zu gleichen Teilen von Gott geschenkt worden ist. Sie ist von keinem Menschen geschaffen worden und kann deshalb nicht einzelnen abgeteilt gehören, sondern muss unter den Menschen als das jedem zustehende Menschenrecht zu gleichen Teilen verteilt werden. Das primitive „Raubrecht“ (Privat = Raub) muss abgelöst werden durch das für all gleiche Menschenrecht.

Wie das praktisch zu geschehen hat, ist in den verschiedenen Gedanken der Bodenreformer überlegt worden. Das hauptsächliche Hindernis für eine gerechte Lösung ist das heutige Eigentumsrecht. Dieses hat seine völlige Berechtigung für alle Dinge, die vom Menschen durch seine wirtschaftliche Tätigkeit geschaffenen

Dinge. Aber es hört auf bei den nicht vom Menschen geschaffenen Dingen, als da sind Grund und Boden, die Luft zum Atmen, das Licht zum Sehen, die Wärme der Sonne, das Wasser der Welt. Bei Luft, Licht Wärme und Wasser herrscht noch einigermaßen die Vernunft und das Problem der Belastung dieser Lebensvoraussetzungen ist neuerdings sehr wach geworden. Aber beim immobilien Grund ist durch die leichte Abgrenzbarkeit eines Stückes von der Erde die falsche Vorstellung selbstverständlich geworden, dass hier ein Eigentum hergestellt werden kann, mit dem der Eigentümer nach Belieben verfahren kann.

Wir müssen davon ausgehen, dass aller Streit auf Erden ein Ende haben könnte, wenn das Eigentum an Grund und Boden auf der ganzen Welt in ein Recht an der Nutzung ähnlich der Luft und des Lichtes umgewandelt würde. Diese Nutzungsrechte müssen mit Kosten verbunden werden, welche die unterschiedlichen Nutzen der unterschiedlichen Grundstücke mit ihren Bodenschätzen zwischen den Menschen ausgleicht. Eine andere Lösung ist nicht denkbar. Die bisherigen Zustände jedenfalls sind schon jetzt unerträglich und sie werden ganz logisch zu wahrhaft „bodenlosen“ Verhältnissen führen mit dem Krieg aller gegen alle. Dieser Krieg herrscht bereits in weiten Teilen der Welt. Dagegen hilft kein Beten, sondern nur die bewusst angewandte Vernunft.

Mit herzlichen Grüßen

Gerhardus Lang, Bad Boll

Dr. Gerhardus Lang, geb. 1931, Mathematik- und Medizinstudium in Freiburg i. Breisgau und in Paris. Approbation 1961.



Prakt. Arzt u. Geburtshelfer, Homöopathie seit 1961 in Bad Boll. Begründer der Homöopathiewoche Bad Boll 1983, 1998 Fortbildung in der Sehgal-Methode.

Er ist Verfasser von *Dr. Langs Kleine Volkswirtschaftslehre für Jedermann*

Klappentext: Volkswirtschaftslehre ist keine schwierige Wissenschaft, wenn sie so verständlich und lebensnah wie in diesem Buch dargeboten und erklärt wird. Geld und Wirtschaft verlieren für den Leser alles Geheimnisvolle und er wird zu einem kundigen Gesprächspartner, wenn es um Themen wie Geld, Geldreform, Bodenreform, Inflation Deflation, Finanzmarkt, Finanzierung des Staates, Notenbank und vieles mehr geht.

Dem Leser dieses Buches wird keinem Politiker oder Wirtschaftsjournalist glauben, der ihm mit der Begründung "Das ist alternativlos!" ein "X" für ein "U" vormachen will: Er weiß darüber Bescheid, dass es sinnvolle Alternativen zum heutigen Geld- und Wirtschaftssystem gibt.

Literaturverzeichnis und Internetadressen helfen dem Leser bei der weiteren Informationssammlung und Einarbeitung in das vielfältige Wissensgebiet

000000000000

Nachschrift von TA vom 7. 1. 2019 zum Beitrag von Dr. Lang. Ich habe per E-Mail bei ihm nachgefragt, ob ich seinen Beitrag für diesen Anhang verwenden könne. Er antwortete am 6. 1. 2019:

Lieber Herr Abromeit,

Ihre im Anhang befindlicher Text zeigt gute Ansätze, berührt allerdings nicht das Thema „repräsentative Demokratie“ Dieses Konstrukt der ursprünglichen amerikanischen Verfassung hat Mausfeld in seinem "Schweigen der Lämmer" als den eigentlichen Schwindel aufgedeckt. Die Entwicklung der Menschheit zur persönlichen Freiheit und zur vollen Verantwortung eines jeden Menschen für das Schicksal der Menschheit und für sein eigenes Handeln und Nichthandeln wurde euch den Trick der „Abgabe der Stimme“ und damit der Verantwortung unterbunden und das Fortbestehen von führenden Mächten in der Welt aufrecht erhalten: eine wahre Demokratie kann auf der Basis der Parteien-Demokratie nicht entstehen, sondern nur ein System der „organisierten Verantwortungslosigkeit“, wie es Bahro einst von der DDR beschrieb. Demokratie kann nur in einem konsequenten Föderalismus gemäß Proudhon entwickelt werden. Er war der Gegenspieler von Karl Marx, der ihn schließlich hasste, weil er sich durchschaut fühlte. Ich habe darüber vor Jahren einen Artikel verfasst, den ich anhänge.

Herzliche Grüße aus Bad Boll
Gerhardus Lang

Auf das Thema *repräsentative Demokratie* bezieht sich der Anhang auch nicht, das ist ein Missverständnis. Trotzdem möchte auf seinen Beitrag „*Was ist die „wahre“ Demokratie?*“ aus dem 2009 hinweisen. Er leitet seinen Beitrag wie folgt ein:

Mit unserer so genannten Parteien-Demokratie ist kaum noch jemand zufrieden. Die in ihr tätigen Politiker stehen in der Beliebtheitsskala ganz am Ende. Der Zustand der demokratischen Staaten ist katastrophal. Sie sind verschuldet und fast ständig in Kriege verwickelt, die unendliches Geld kosten. Es rumort unter den Wählern, von denen sich kaum noch welche von ihren Abgeordneten vertreten fühlen.

Er verarbeitet dann die Bücher Hans Herbert von Arnim „60 Jahre Demokratiemängel“¹ und von August von Hayek „Recht, Gesetzgebung und Freiheit“. Es heißt dann: „Leider hat von Arnim keine Andeutungen gemacht, wie man es besser machen könnte, ...“ und schreibt dann weiter:

Des Pudels Kern hatte da eine Autorin schon im Jahre 1943 gefunden, zu einer Zeit nämlich, als die Welt andere Probleme hatte, als über politische Ordnungen nachzudenken. Man hatte gerade genug mit den Folgen einer Politik zu tun, die sich auf – ja auf was denn wohl – auf Parteien gründete: schließlich waren die Nazis eine **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, und ihr hatten die anderen Parteien durch das Ermächtigungsgesetz zur alleinigen Macht verholfen (Diktatur)**. So geht und ging es immer um die Macht einer (oder notfalls mehrerer) Parteien und nicht etwa um die Herrschaft des Volkes über sich selbst. In dieser Zeit hatte auch ein Ludwig Erhard begonnen, sich Gedanken zu machen, was denn

1 <https://www.freiewelt.net/interview/60-jahre-demokratiemaengel-interview-mit-hans-herbert-von-arnim-12191/>

werden sollte, wenn das Durcheinander einmal ein Ende haben würde.

Ja, diese Autorin ist vor über einhundert Jahren am 3. Febr. 1909 geboren und war eine französische Jüdin, die 1942 vor den Nazis geflohen war und sich dann in England aufhielt: Simone Weil, eine hervorragende Philosophin, deren Werke viel zu wenig bekannt sind. Sie gab kurz vor ihrem Tod im Alter von 34 Jahren 1943 eine kleine Schrift heraus mit dem Titel: „**Anmerkungen zur generellen Abschaffung der Parteien**“, die 1950 posthum erschien. Sie beteiligte sich an politischen Bewegungen, nahm am spanischen Bürgerkrieg teil, bereiste 1932 Deutschland und studierte die revolutionäre Lage, die durch den Aufstieg der Nazis bestimmt wurde. Sie lernte Trotzki persönlich kennen, wurde aber nie Mitglied der kommunistischen Partei. Sie sah deutlich das Schreckensregime Stalins, das allen Idealen der Sozialisten entgegen gesetzt war.

Gleich auf der ersten Seite ihrer Schrift bringt sie es auf den Punkt, indem sie Tomski zitiert: „Eine Partei regiert, alle anderen sind im Gefängnis.“ Sie schließt daraus: „**Somit ist der Totalitarismus die Erbsünde der Parteien auf dem europäischen Kontinent.**“ Sie führt dann aus, dass das **Prinzip des „Partei nehmen“** in allen Lebenslagen die Menschen davon abhält, das Prinzip der Gerechtigkeit zu erkennen als das einzige, das ihnen die Freiheit bringen kann. In der Schule, in der Kultur, in der Wissenschaft, überall entstehen Parteien von Meinungen und Menschengruppen, die einander um der Macht willen bekämpfen: „**Der Einfluss der Parteien hat das gesamte Geistesleben unserer Zeit verseucht.**“

Über diese Schrift urteilte André Breton: „**Diese wenigen Seiten, in jedem Punkt von bewundernswerter Intelligenz und Noblesse, sind eine unanfechtbare Anklage gegen das Verbrechen der Verabschiedung des Geistes, welches die Funktionsweise der Parteien nach sich zieht.**“ ...

Dem ist nun hinzuzufügen, dass wir uns Gedanken machen müssen, wie es nach der „Abschaffung der Parteien“ weitergehen soll. ...

Da mir Simone Weil unbekannt war, habe ich erst einmal im Netz umgeschaut, um zu sehen, was da über sie zu finden ist. Ich habe dann einen guten Beitrag unter dem Titel „*Keine Kompromisse machen!*“ von [Alina Fichter](#) vom 23. Januar 2014 in der Wochenzeitung DIE ZEIT Nr. 5/2014 gefunden. <https://www.zeit.de/2014/05/simone-weil-philosophin/komplettansicht>

000000000000

Der Boden gehört allen

Neubauten sind auch deshalb so teuer, weil Grundstücke in den Städten knapp sind. Eine Bodenwertsteuer könnte dies ändern, weil sie Spekulation verhindert

Dirk Löhr, habilitierter Volkswirt, lehrt in Trier. Löhr ist Mitbegründer der Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß!“, die sich für die Reform der Grundsteuer zu einer Bodenwertsteuer einsetzt

Das Recht auf Wohnen sollte eigentlich ein Menschenrecht sein. Tatsächlich mutierte es vor allem in den Ballungsräumen in den letzten Jahren zu einem Luxusgut. Selbst für die Mittelschicht wird dieses Grundbedürfnis in den großen Städten allmählich unbezahlbar. Krankenschwestern, Polizisten, Angestellte, welche die Städte am Laufen halten, werden zunehmend an den Rand gedrängt. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung hat ermittelt, dass in Deutschland 40 Prozent der Großstadthaushalte mit ihren Wohnkosten mittlerweile über der kritischen Grenze von 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens liegen.

Eigentlich gibt es mehr als genug Kapital, das auch in den Wohnungsbau investiert werden könnte. Dass zu wenig gebaut wird, liegt nicht nur an überlasteten Bauunternehmen und zu langen Fristen für die Erteilung von Baugenehmigungen. Der entscheidende Engpass ist vielmehr das nicht verfügbare Bauland. Der dem Wohnungsmarkt vorgelagerte Bodenmarkt ist der Flaschenhals, der neuen, bezahlbaren Wohnraum verhindert. Letztlich handelt es sich hierbei um ein uraltes Thema: den Zugang zum Boden.

Darüber hinaus geht es auch um die Verteilung: 17 Euro pro Quadratmeter ist in München als Miete zu bezahlen. In einer Kleinstadt im bayerischen Wald sind es nur 5 Euro. Die Differenz hat nichts mit Unterschieden in der Bausubstanz zu tun. Mit den hohen Mieten in München werden die Standortvorteile gezahlt. Diese schlagen sich auch in entsprechend hohen Grundstückspreisen nieder.

Mit dem Absinken des Zinsniveaus seit 2009 verlor das Kapital immer mehr Anteile am Sozialprodukt, ohne dass die Arbeitnehmer ihren Anteil am Kuchen entsprechend vergrößern konnten. Der lachende Dritte war der Produktionsfaktor Boden. Mittlerweile dürften die Erträge aus dem Boden diejenigen aus Kapital deutlich übersteigen. Dies haben die Haushalte in den Ballungsregionen über Mieterhöhungen deutlich zu spüren bekommen. Der Großgrundbesitz ist zurück; er liegt – nach Werten – in den großen Städten vor allem in der Hand von großen Immobiliengesellschaften.

Das Privateigentum an Grund und Boden wirkt dabei als eine stille, aber gigantische Umverteilungsmaschine. Laut Deutscher Bundesbank werden mehr als 60 Prozent des Nettovermögens in Deutschland von nur 10 Prozent der Haushalte gehalten. Den größten Anteil am Nettovermögen stellen Immobilien dar; diejenigen der reichsten Haushalte befinden sich dabei in der Regel in bevorzugten Lagen. Der Boden macht daher einen erheblichen Anteil am Vermögen der reichsten Haushalte aus.

Aber: „No man made the land“ – so John Stuart Mill, einer der Väter des Liberalismus. Und kein Bodeneigentümer hat den Wert seines Grundstücks selbst geschaffen. Erst die öffentlichen Vorleistungen (Planung, Infrastruktur, kommunale Organisation etc.) verleihen dem Boden seinen Wert. Finanziert werden die öffentlichen Leistungen durch Steuern; die größten Anteile am Steueraufkommen entfallen auf Lohn- und Verbrauchsteuern. Sie werden also von den weitgehend identischen Gruppen der Arbeitnehmer und Verbraucher getragen. Das

Bodeneigentum selbst wird dagegen hierzulande in homöopathischen Dosen besteuert. Vor allem Mieter in Großstädten zahlen doppelt: Einmal die Steuern, die für die Infrastruktur aufgewendet werden und dem Boden Wert verleihen, und dann die erhöhten Mieten, in denen sich die gestiegenen Bodenerträge spiegeln.

Öffentlich geschaffene Werte werden also in großem Maßstab privatisiert – und dies wird noch durch Artikel 14 des Grundgesetzes geschützt. Diese private Aneignung von öffentlichen Werten stellt ein kulturelles Problem dar. Der amerikanische Bodenreformer Henry George betrachtete Privateigentum an Boden als ein barbarisches Relikt, und rückte es sogar in die Nähe der Sklaverei. Boden sollte ein Gemeingut sein.

Gegenwärtig steht eine Reform der Grundsteuer an. Was da zunächst wie ein Schlafmittel klingt, bietet in Wirklichkeit die Chance für eine grundlegende Wende. Das Mittel: eine Bodenwertsteuer. Anders als heute würden nicht mehr die Bauten besteuert, sondern der Wert des Bodens. Dies würde zwar das Bodeneigentum nicht abschaffen, könnte aber der Gemeinschaft wenigstens einen kleinen Teil dessen zurückzugeben, was sie geschaffen hat. Das Bodeneigentum würde so wenigstens zum Teil ökonomisch „entkernt“ (Henry George) beziehungsweise „entkapitalisiert“: Weniger privatisierbare Bodenerträge bedeuten geringere Bodenwerte. Der Bodenspekulation könnte so der Zahn gezogen werden.

Baugrund wird wertvoll durch staatliche Infrastruktur – aber von den Bodenpreisen profitieren nur die Eigentümer

Die konkrete Idee dabei: Wer ein Grundstück weniger intensiv bebaut als planerisch vorgesehen, zahlt dieselbe Steuer wie bei optimaler Nutzung. Es würde sich nicht mehr lohnen, Grundstücke unbebaut zu lassen und auf ihren steigenden Wert zu spekulieren. Das Angebot auf dem frei finanzierten Wohnungsmarkt würde so erhöht. Geringere Anschaffungskosten für Boden bedeuten auch geringere Kostenmieten für sozial gebundene Wohnungen; ebenso könnten Genossenschaften billiger an Grundstücke kommen.

Allerdings ist die Bodenwertsteuer kein Allheilmittel. Der Staat muss grundsätzlich die Fähigkeit zurückerlangen, den Bodenmarkt zu steuern. Dies geht nicht ohne mehr öffentliches Eigentum am Boden. Ulm macht es schon seit 125 Jahren vor: Hier befinden sich 37 Prozent des Stadtgebiets in kommunaler Hand.

Traditionell verdingen sich vor allem die konservativen Parteien mit dem „C“ als Gralshüter der Privatisierung von Bodenwerten und Bodenerträgen. Ihnen sei ein Blick in die Bibel empfohlen: „Darum sollt ihr das Land nicht verkaufen für immer; denn das Land ist mein, und ihr seid Fremdlinge und Gäste vor mir“ (3 Mose 25).

<http://www.taz.de/Archiv-Suche/!5555375&s=Dirk%2BL%C3%B6hr&SuchRahmen=Print/>

Prof. Dr. Dirk Löhr, MBA / Steuerberater / Tax Advisor /
Web: <http://www.dirk-loehr.de> / Blog: rent-grabbing.com

Neu: Henry George / Fortschritt und Armut / Eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armut bei zunehmendem Reichtum

Herausgegeben und eingeleitet von Dirk Löhr / 514 pages· 22.80 EUR (incl. VAT and Free shipping) ISBN 978-3-7316-1249-0 (October 2017)

Deutsch von C.D.F. Gütschow 1880. Überarbeitung der deutschen Übersetzung von Florenz Plassmann (Robert Schalkenbach Foundation, New York, 1998) und Dirk Löhr (2017) Hardcover, Sach- und Personenregister
Online: <http://www.metropolis-verlag.de/Fortschritt-und-Armut/1249/book.do>

oooooooooooooooo

Thesen zur grünen BILDUNGSPOLITIK ²

vorgelegt aus Anlaß des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses der GRÜNEN
vom 24. - 26. Februar 1984 in Göttingen vom liberal-sozialen Arbeitskreis DRITTER WEG
formuliert von Tristan Abromeit

*Die Erziehung war ein wichtiges Werk des Staates und
der Staat ein fortdauerndes Werk dieser Erziehung.*

Friedrich Schiller

(in den: „Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus“
zitiert aus: „Bürger für die Gesetze“, von Friedrich Salzmann,
Verlagsgenossenschaft Freies Volk Bern, 1949)

1. These

Wenn den Grundrechten Geltung verschafft werden soll, ist die Entwicklung und Realisierung eines dezentralen Bildungssystems ein Auftrag des Grundgesetzes. Unser jetziges Bildungs- und Schulsystem kann den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) nicht garantieren; die Freiheitsrechte (Art. 2) nicht wahren, die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3) nicht herstellen. Die Freiheit der Lehre (Art. 5) bleibt auf der Strecke, und der Schutz der Familie (Art. 6) wurde zur Entmündigung.

2. These

Art. 7 Abs. 1 des GG besagt: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.“ Überall gilt, daß der Kontrolleur nicht gleichzeitig der zu kontrollierende Akteur sein kann. Nur im Bereich des Schulwesens gilt bisher diese Logik nicht. Aber auch eine auf die Kontrolle reduzierte staatliche Tätigkeit im Bereich des Schulwesens ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie andere Grundrechte nicht einschränkt, d. h. letztlich, daß der Staat weder die Bildungsinhalte noch die Formen der Bildungsvermittlung vorschreiben kann, sondern nur darauf zu achten hat, daß für alle Beteiligten im Bildungsprozeß eine Chancengleichheit besteht und daß allgemeine Gesetze eingehalten werden.

3. These

Ein dezentrales alternatives Bildungssystem ist nur erreichbar, wenn Schüler, Lehrlinge (Auszubildende) und Studenten (stellvertretend die Eltern) als Bildungsnachfrager autonom werden, so wie Lehrer und Schulträger als Bildungsanbieter autonom werden müssen. Letztlich heißt das, daß für die Bildungsnachfrager die Schulpflicht in Gestalt des Schulzwanges aufgehoben werden muß und daß sie ökonomisch in die Lage versetzt werden müssen, ihre Bildungsnachfrage selber (z. B. durch Bildungsguthaben) * zu finanzieren. Für alle Bildungsanbieter folgt daraus, daß sie als Lehrer auf den Beamtenstatus verzichten und als Institution auf eine Finanzierung oder Subventionierung durch den Staat verzichten müssen. Leistung und Gegenleistung wird dann durch privatrechtliche Verträge geregelt. Dafür, daß die Bildungsangebote den Bedürfnissen der Bildungsnachfrager entsprechen, sorgt dann der Wettbewerb.

4. These

Da Bildung auch den Zweck hat, daß die (Aus-)Gebildeten in die Lage versetzt werden, ei-

² Hier entnommen aus dem Text 75.0 „**Mein Abschied von den Grünen**“ vom August 2009
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.0%20Abschied%20von%20den%20GRUENEN.pdf> Seite 59

nem Broterwerb nachzugehen, hat ein dezentrales alternatives Bildungssystem auch zur Voraussetzung, daß die Zugänge zu den Berufslaufbahnen neu definiert werden. Denn bleiben hier die alten Normen erhalten, können keine noch so guten neuen Bildungsgänge ohne Verfälschung durch den Anpassungsdruck durchgehalten werden.

5. These

Die erfolgreiche individuelle (oder gruppenmäßige) Bildungsplanung setzt einen kontinuierlichen berechenbaren Verlauf in der Wirtschaft voraus. Eine breit angelegte Bildung, die sich nicht auf die notwendigste Wissensvermittlung beschränken will, setzt ein Mindestmaß an ökonomischer Wohlhabenheit voraus. Beide Faktoren sind heute nicht gegeben, können aber mit ökonomischen Erkenntnissen, die seit der Jahrhundertwende vorliegen, bei Wahrung ökologischer Belange erreicht werden.**

6. These

Auch wenn eine neue grüne Bildungspolitik nicht bei Null beginnen kann und für die Umsetzung parlamentarische Mehrheiten fehlen, ist es erforderlich, die langfristigen Ziele zu beschreiben, weil sonst die Bildungs-Tages-Politik orientierungslos bleibt.

7. These

Zur Zielerreichung einer neuen emanzipatorischen Bildungslandschaft können Zwischenlösungen angestrebt werden. Wichtig ist, daß Eltern, die ihre Kinder einer privatrechtlich organisierten öffentlichen Schule anvertrauen wollen, finanziell genauso gestellt werden wie Eltern, die ihre Kinder weiterhin auf eine staatlich organisierte Schule schicken wollen. Der (die) freie Lehrer(in) darf gegenüber dem (der) verbeamteten Lehrer(in) nicht länger finanziell benachteiligt werden. Die Städte und Gemeinden sind zu verpflichten - solange keine generell neue Bildungsfinanzierung eingeführt wurde - für die Schüler freier Schulen die gleichen Pro-Kopf-Sachkosten zu übernehmen wie für die Schüler staatlicher Schulen.

Anmerkungen zu den (*Bildungs-*)Thesen:

*) Das Bildungsguthaben ist eine Finanzierungsart der Bildung:

1. Die Personen und nicht Institutionen werden subventioniert (Stärkung der realen Mitbestimmung der Schüler / Eltern und des Wettbewerbes der Schulen um Schüler);
2. die den Eltern / Schülern ein persönliches Bildungsguthabenkonto bei einer staatlichen Verwaltung (z.B. Finanzamt) einräumt;
3. die die anteiligen Personal- und Sachkosten des Bildungsganges voll oder zum Teil durch die Eltern / Schüler finanzierbar machen (Die Aufwendungen der Gemeinschaft werden gegenüber dem jetzigen System nicht größer.);
4. die Finanzierung der Bildung über den Staat zeitlich begrenzt (z. B. bis zur Vollendung des 18. oder 21. Lebensjahres.) ;
5. die nicht nach der Höhe der Kosten des jeweiligen Bildungsganges differenziert, sondern für alle Schüler, Lehrlinge und evtl. Studenten in den ersten Semestern pro Kopf z.B. 80 oder 90% der z.B. der 10 teuersten Bildungsgänge zur Verfügung stellt. Nicht abgerufenes Guthaben wird dann nach Erreichen der Förder-Altersgrenze (z. B. als Existenzgründungsbeitrag) ausgezahlt.

**) Wenn wir nach zusätzlichen Mitteln der Finanzierung eines freien Kulturlebens suchen, dann brauchen wir uns nicht mit einem Verweis auf den Rüstungsetat beschränken. Die Behebung und Vermeidung von Konjunkturkrisen macht ungeheuer viele Mittel frei. Es würden die Kosten der Krisen (Kapitalvernichtung durch Konkurse, Ausfälle bei Steuern und Sozialversicherungen und die Arbeitslosenunterstützung) gespart, und das Arbeitseinkommen kann zu Lasten des Kapitaleinkommens wesentlich erhöht werden.

oooooo

Nachträgliche Anmerkung vom August 2009:

Das diese Thesen auf dem Bildungskongreß 1984 Zustimmung fanden und dann ganz aus „Versehen“ im Tagungsprotokoll nicht aufgenommen wurden, kann nur jemanden wundern, der Parteien noch nicht konkret erlebt hat.

Nun fällt mir auf, daß ich das Thema Bildungspolitik doch noch nicht abschließen kann. Der Kindergarten steht ja noch auf meiner Liste.

Nicht nur auf Seite 102 des grünen Programms steht etwas über Kindergärten, sondern auch schon auf Seite 21:

„Wer grün wählt, wählt Gerechtigkeit. In einer gerechten Gesellschaft hat Kinderarmut keinen Platz und alle erhalten die Chance, ihr Leben auf einer gesicherten finanziellen Basis selbst zu gestalten, unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern. Der Zugang zu Bildung vom Kindergarten bis zur Uni ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Wir brauchen eine durchlässige Gesellschaft, die durch umfassende Teilhabe Integration schafft. Wir brauchen eine Steuerreform, die starke Schultern stärker belastet und Erbschaften und große Vermögen zur Finanzierung des Gemeinwohls stärker heranzieht.“

In den wenigen Sätzen steckt schon ein ganzes (verlogenes) Gesellschaftsprogramm. Das Verlogene ist dabei keine bewußte Lüge, sondern die Konsequenz aus einem ideologischen Tunnelblick. Da die Ungerechtigkeit, die sich im Zins und in der Bodenrente offenbart von den lieben (bald nicht mehr) Parteifreunden geleugnet oder ignoriert wird, kann im Aussagezusammenhang Gerechtigkeit nur verstanden werden, als ein Zugriff auf die Arbeitseinkommen, denn die Kapitaleinkommen sind auch für sozialistische Politiker tabu oder nicht greifbar.

Nun mag es sein, daß es bei den staatlichen Angestellten und Beamten Einkommen gibt, die nicht der Leistung der Bezugsempfänger entspricht. Ich kenne aber keine Methode, wie die überbezahlten Mitschwimmer in den Tarifverträgen der Öffentlichen Hand herausgefischt und abgemolken werden können. Die Personen, die in privatwirtschaftlichen Betrieben mehr verdienen, müssen i.d.R. auch mehr leisten und warum glaubt man nun, daß es gerecht wäre, daß diese mehr zur Kita- und Hortfinanzierung beitragen sollen, besonders dann, wenn sie dort keine eigenen Kinder unterbringen? Soweit es sich um höher verdienende Frauen handelt, müssen diese ihren höheren Verdienst häufig mit Kinderlosigkeit oder eingeschränkter Kinderzahl erkaufen. Ist das ein Tatbestand, der durch höhere Steuern bestraft werden muß? Die freiwirtschaftlichen Grünen haben von Anfang an gesagt, daß die Leistung, Kinder zu gebären und aufzuziehen, den Müttern (oder den Stellvertretern) entgolten werden muß. Dieses Geld soll aber nicht den allgemeinen Steuertopf entnommen werden, sondern aus dem Topf, in dem die Bodenrente nach einer Boden(rechts)reform fließt. Nicht nur, daß den meisten Grünen die Bodenreform ein Fremdwort ist (Ich komme darauf zurück.), sondern wir wurden auch noch verhöhnt, weil uns unterstellt wurde, daß wir die Frauen nur noch als Gebärmaschinen sehen würden. Wenn die Grünen die Ergebnisse von Kindererziehung

und -bildung unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern machen wollen, dann müssen sie alle Eltern in ein Prokrustesbett stecken; aber nicht nur in Bezug auf Einkommen, Gewohnheiten, Geschmäcker und Werte, sondern auch aufgrund von Vorstellungen, wie Kinder sein und werden sollen. (<http://de.wikipedia.org/wiki/Prokrustes>)

Eine durchlässige Gesellschaft, deren Nichtvorhandensein mir in jungen Jahren zu schaffen gemacht hat und die Ralf Dahrendorf schon in den 70er Jahren beklagte, kann man weder durch Wunschdenken noch durch ein rigides Normenkorset schaffen, sondern nur durch eine Vielfalt gesellschaftlicher Erscheinungsformen, wo jeder nach Möglichkeit das findet, wonach sein Herz sich sehnt oder was seinem Charakter entspricht.

Noch ein Wort zur Integration: Natürlich dürfen wir erwarten, daß ein Fremder, der ein Einheimischer werden will, sich die Dinge aneignet, die zur Integration notwendig sind. Die Integrationsleistung verursacht aber auch Kosten. Und die Kosten müssen auch hier denjenigen zugerechnet werden, die den Nutzen davon haben. Also ist es wichtig, daß die Eltern von zugezogenen Kindern die Möglichkeit erhalten, eine ertragreiche Erwerbsarbeit nachzugehen, damit sie die Kosten tragen können. Nebenbei: Das Integrationsverlangen darf die Identität der Zugereisten nicht zerstören. Bei Franz Oppenheimer habe ich gelesen, daß die Juden die Ghettos gebildet hätten, um ihre Kultur zu bewahren (Und das ist das Gegenteil von Ausschluß durch die Stammbevölkerung und auch von Zwangseingliederung.).

„Der Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule muss verbessert werden und fließend gestaltet werden. Hierzu bedarf es einer engen Kooperation beider Institutionen. Krippen und Kitas sollen sich zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln, in denen alle für Kinder und ihre Eltern notwendigen Unterstützungsangebote unter einem Dach verfügbar sind.“ (S.102)

Wenn Eltern, Kitas, Krippen und Schulen sich individuell nach Ort und gewähltem Typ der Institution gegenseitig abstimmen, ist das sehr vernünftig, aber als staatliche Forderung klingt der obige Passus nach einem SED-Programm. Fühlen die Grünen sich schon so sehr als Staat, daß sie sich in der Kunst des Manipulierens beweisen müssen. Aber der Freiheitsfunke ist ja nicht nur bei den Grünen erloschen, sondern bei allen Parteien im Bundestag, die uns (formal als Demokraten) beherrschen. Bei den vielen Diskussionen um die Kinderkrippen habe ich nicht einmal vernommen, daß eine Partei empfohlen hätte, aus den Kindergärten und Kinderkrippen selbständige, autonome kulturelle Unternehmen zu machen. Es wäre eine Chance für ein bißchen Dezentralität, für das Vertrauen in die eigenen pädagogischen und ökonomischen Fähigkeiten einer nicht kleinen Gruppe von Menschen gewesen. Ich halte die Erzieherinnen, Erzieher und Eltern für klug genug, einen Kindergarten als Genossenschaft oder Stiftung zu führen. Ich habe schon in den 70er Jahren empfohlen, den Eltern für eine revolvingierende Finanzierung der Gebäude und des Inventars durch Bausparverträge (heute auch Risterverträge) zu ermöglichen. Aber es scheint, daß auch hier die Eltern und Erzieherinnen für zu dumm und unmündig eingestuft werden und daß bei solch einem Verfahren die Bürokratie mit ihrer Kontrollmanie, die Mitsprache der Unkundigen in den Parlamenten (auch der kommunalen) und die Zwangsbeglückung durch den Staat zu kurz gekommen wäre. ... TA